

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Pestzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

Der Reichsernährungsminister verlangt neue Zölle.

In Deutschland grassiert wieder einmal der Zollbajillus. Die Großagrarien halten Tagungen ab und verlangen in Aufrufen die Schließung der Grenzen gegen die ausländische Lebensmittelleinfuhr. Auch der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich ist von diesem Bajillus infiziert worden. Seinem Parteibuch nach ist er liberal und Demokrat. Seit Wochen aber liebäugelt er mit Zollverschärfungen. Er ist ein gar selbstsamer Manchestermann.

Eigentlich hat's mit dem Zucker angefangen. Das ist eben der Fluch der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie: während Millionen arbeitslos sind und hungern müssen, haben wir zuviel Zucker in der Welt. Die großen Produktionsländer, in Uebersee Kuba und Java, in Europa die Tschechoslowakei und Polen, wissen nicht, wohin mit dem Segen. Sie halten die Preise im Lande hoch und führen ihren Zucker aus. Mit staatlicher Hilfe suchen sie sich einander auf den Weltmärkten zu bekämpfen. Der Exportzucker wird verschleudert, zu Dumpingpreisen, also zu Preisen weit unter Weltmarktpreis und unter Gestehungskosten angeboten. So ergab sich im Herbst 1928 die Notwendigkeit, die deutsche Zuckerindustrie vor der ausländischen Konkurrenz, insbesondere gegen das tschechische Dumping zu schützen. Man tat das, indem man den Zuckerzoll pro Doppelzentner von 10 auf 25 M erhöhte. Dieser erhöhte Zoll soll auch nach einem vom Reichstag angenommenen Gesetz nur dann gelten, solange der Zuckerpreis an der Magdeburger Börse unter 21 M pro 50 kg liegt. Steigt der Preis höher, dann muß der alte Zoll von 10 M in Kraft treten. Ohne Zweifel hätte man den Schutz der deutschen Zuckerindustrie besser mit andern Mitteln erreichen können. Die getroffene Regelung hat aber das eine Gute, daß der Zoll nicht zur Bewucherung der breiten Volksmassen ausgenutzt werden kann. Steigt der Preis nämlich über 21 M, und geht der Zoll von 25 auf 10 M zurück, dann strömt ausländischer Zucker nach Deutschland herein und drückt die Preise. Nun haben aber die Deutschnationalen im Landtag beantragt, den Zoll erst auf seinen alten Stand herunterzusetzen, wenn der Zucker in Magdeburg mit 25 M notiert wird. Auch das Zentrum verlangte in einem Antrag, daß der Zoll nur auf 15 M herabgesetzt wird, wenn der Zuckerpreis über 23 M hinausgeht.

Alle diese Anträge haben mit dem Schutz der deutschen Zuckerindustrie nichts mehr zu tun. Sie verfolgen den ausgesprochenen Zweck, den Zuckerzoll zu einer Preissteigerung auszunutzen. Man trägt mit solchen Anträgen alten Forderungen der Zuckerindustrie und der Rübenbauern Rechnung. Nur den Verbraucher hat man nicht gefragt, wie er sich mit einer ganz empfindlichen Zuckerpreiserhöhung abfinden will. Was werden die christlich organisierten Arbeiter zu dieser Einstellung des Zentrums sagen?

Der Reichsernährungsminister selbst hat entdeckt, daß die veterinärpolizeilichen Bestimmungen bei der Einfuhr ausländischer Lebensmittel nicht streng genug sind. Er will sie zum Beispiel für die Einfuhr von sogenannten Innereien verschärfen. Das Reichsernährungsministerium liebt es, nur in Fachausdrücken zu sprechen. Man erreicht wohl dadurch, daß den breiten Massen nicht ganz klar wird, worum es sich handelt. Deutschland führt Innereien in größten Mengen zum Beispiel aus Dänemark ein; 90 % dieser Einfuhren bestehen aus Leber. Aus ihr wird in Deutschland besonders die Leberwurst hergestellt, die für den Konsum der breiten Massen in Frage kommt. Die veterinärpolizeilichen Verschärfungen, die vom Reichsernährungsminister jetzt empfohlen werden, müssen die Lebenshaltung der Bevölkerung verteuern. Ohne daß die deutsche Landwirtschaft etwas davon

hat; denn die deutschen Schlachtungen können unmöglich die Innereien liefern, die die deutsche Wurstfabrikation nötig hat. Wo ist hier der Sinn der vom Reichsernährungsministerium der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahme?

Aber es kommt noch toller. Herr Dietrich will die Viehzölle an die Fleischzölle anpassen. Damit sollen die Rinderpreise in Deutschland „gehoben“ werden. Der alte Film rollt sich damit von neuem auf. Erst hat man die Viehzölle erhöht, weil sie im Vergleich zu den Fleischzöllen angeblich zu niedrig gewesen seien. Dann entdeckte man, daß die Fleischzölle zu niedrig waren und setzte sie herauf. Und jetzt fängt man wieder von vorne an und will die Viehzölle nach oben treiben. Gelingt das, dann wird man die Fleischpreise in Deutschland verteuern. Aber die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch wird man nicht abstoppen können. Höchstens wird die für unsern Arbeitsmarkt höchst unangenehme Tatsache eintreten, daß das Ausland nicht mehr lebendes Vieh nach Deutschland einführt, sondern die Kühe und Rinder selbst schlachtet und das Fleisch nach Deutschland bringt. Wir nehmen alljährlich allein von Dänemark rund 250 000 Kühe ab. Werden diese in Dänemark selbst verarbeitet, dann werden einmal erst Tausende von Arbeitskräften in unsern Großschlachthäusern arbeitslos.

Auch hier vermißt man den Sinn. Die Rinderpreise sind in Deutschland nicht deshalb so niedrig, weil wir aus dem Ausland Rinder und Rindfleisch einführen, sondern weil das Angebot von inländischen Rindern bei uns zu groß ist. Der deutsche Viehzüchter züchtete bis vor kurzem hauptsächlich Schlachtvieh. Jetzt hat er sich auf die Milchproduktion umgestellt. In wenigen Jahren hat sich der Schlachtviehbestand bei uns um etwa 2 Millionen Tiere verringert, der Bestand an Milchtieren aber erhöht. Das Hauptprodukt ist nicht mehr das Fleisch, sondern die Milch. Der sogenannte Kuhbauer wird zum modernen Milchproduzenten. An der Milch verdient der Landwirt; das Schlachtvieh ist nur das Abfallprodukt der Milchwirtschaft. Es bringt so wenig ein, daß der Erlös für die Kalkulation in der Milchviehhaltung gar nicht mehr in Frage kommt. Der Reichsernährungsminister wird durch die Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle nur die gebotene Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft zur modernen Milchproduktion hemmen. Riesige Subventionen sollen wieder einmal verpulvert werden. Sie können nur die eine Wirkung haben, die Lebenshaltung der Massen zu verteuern. Herr Dietrich wird mit seinen Plänen in den nächsten Wochen eine schwere Belastung des gegenwärtigen Reichskabinetts sein.

Ein Ding für sich, das man eigentlich für unmöglich halten sollte, ist das von Dietrich geplante Experiment auf den Getreidemarkten. Hier will der Reichsernährungsminister eine sogenannte Reichsausgleichsgebühr haben. Die Reichsausgleichsgebühr ist aber nichts weiter als ein verkappter Getreidezoll. In seiner ganzen Primitivität denkt sich der Herr Reichsernährungsminister diese Reichsausgleichsgebühr so, daß von jeder Tonne Weizen, die vom Ausland nach Deutschland eingeführt wird, eine bestimmte Abgabe entrichtet wird. Dadurch will man den Weizenpreis, der jetzt etwa um 200 M pro Tonne liegt, also rund 5 % über Friedenspreis, auf etwa 240 bis 250 M treiben. Ob man das Ding nun Zoll oder Reichsausgleichsgebühr nennt, das ist völlig gleichgültig. Tatsache ist, daß durch eine solche Abgabe der Weizenpreis um 25 % in die Höhe getrieben wird, und daß der erhöhte Weizenpreis alle andern Getreidepreise nach sich ziehen muß. Die so harmlos genannte

Reichsausgleichsgebühr ist ein verkappter Weizenzoll. Nun weisen die Freunde dieser Reichsausgleichsgebühr darauf hin, daß der Weizenpreis in Deutschland zu niedrig sei und daß mit einem Preis, der nur wenig über Friedensstand liegt, in Deutschland auf die Dauer kein Mensch Weizen produzieren kann. Das ist schon richtig. Aber wer hat schon jemals im Reichsernährungsministerium danach gefragt, wie es um die Brotpreise steht? Nach der glänzenden Ernte im Jahre 1928 sind die Getreidepreise zusammengebrochen. Das ist Tatsache. Was hat aber der Verbraucher davon gehabt? Die Getreidepreise gingen herunter, die Brotpreise aber nicht. Die Getreidepreise stehen heute auf 200 bis 210 M. Wir zahlen aber Brotpreise, die einem Getreidepreise von 245 bis 280 M entsprechen. Wo bleiben die Differenzgewinne? In welche Taschen sind sie geflossen? Komische Frage! Verdient haben an den niedrigen Getreidepreisen und den hohen Brotpreisen der Handel, die Masse der Agenten, die Getreidespekulation, die Bäcker usw. Sie haben sich an der sogenannten Agrarkrise gesundgestoßen. Sie stecken das Geld ein. Sie profitieren, wie die Mehger im vorigen Jahre an den niedrigen Schweinepreisen und in diesem Jahr an den niedrigen Rinderpreisen profitieren.

Unterstellen wir einmal als wahr, daß die landwirtschaftlichen Produzentenpreise zu niedrig sind. Dann können sie doch nur erhöht werden, indem man die Handelsgewinne verkürzt. Das Liter Milch wird zum Beispiel für einen Preis von 16 ₤ nach Berlin geliefert. Der Berliner Arbeiter muß 34 ₤ dafür bezahlen; würde man den Gewinn des Handels, der über 100 % beträgt und durchaus ungesund und überflüssig ist, nur um einen Pfennig kürzen, dann würde man der Landwirtschaft Einnahmen in Höhe von 180 Millionen Mark beschaffen. So steht es auch bei dem Getreide, bei den Rindern usw. Die Sozialdemokratie hat auch den Weg dazu gewiesen, indem sie die Kontingentierung der Getreideeinfuhr und das Getreidemonopol empfahl. Die besten Köpfe in der Landwirtschaft wissen auch heute, daß man diesen Weg nur gehen kann und daß eine weitere Zollerhöhung nichts nützt.

Aber jetzt besinnt sich Herr Dietrich darauf, daß er liberal und Demokrat und Manchestermann ist. Jetzt sieht er im Getreidemonopol eine Gefahr und schlägt veterinärpolizeiliche Verschärfungen, höhere Rinderzölle und einen verkappten Weizenzoll vor. Wirklich, ein ganz eigentümlicher liberaler Manchestermann. Hier wird der Teufel einmal wieder durch Beelzebub ausgetrieben.

Herr Dietrich soll vorsichtig sein. Die Lage in unserer Wirtschaft sollte ihn warnen. Die Kaufkraft der breiten Massen geht von Tag zu Tag weiter zurück und ihre Lebenshaltung ist aufs höchste angespannt. Von Großmüttern haben wir nun den alten Spruch ererbt: Hat der Bauer Geld, dann hat's die ganze Welt! Das hat einmal Anno Tobak gegolten, als es keine Industriezentren in Deutschland und keine 20 Millionen Industriearbeiter gab. Heute liegen die Dinge anders. Heute repräsentieren die Industriearbeiter, die Kaufkraft des Landes, und nicht mehr die Landwirtschaft. Drosselt man durch höhere Zölle und höhere Preise die Massenkaufkraft, dann werden wir das bald in unserer Wirtschaft und auf unserm Arbeitsmarkt merken. Unser Unglück ist nur ein Reichsernährungsminister, der sich liberal nennt und der nach Doktrinen arbeitet, die einmal — sagen wir's gelinde und mitleidig — Anno Tobak Gültigkeit hatten. Herr Dr. Dietrich täte besser, er legte seine Zollpläne stillschweigend zu den Akten. Nur dadurch könnte er sich rehabilitieren.

Unsere statistischen Feststellungen.

vom 23. Februar 1929.

927 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 110 478 nachgewiesen, darunter 12 578 Lehrlinge. Arbeitslos waren 77 827 oder 70,4% und krank 3883 oder 3,5%. Wie es im Bereiche der einzelnen Landesarbeitsämter steht, zeigt folgende Tabelle:

Landesarbeitsamt	Anzahl der an den Feststellungen				Von den Mitgliedern aus Spalte 3 sind				Bewertungsziffer
	beteiligt		nicht beteiligt		Lehrlinge		arbeitslos		
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	gesamt	in %	gesamt	in %	
1. Ostpreußen	54	5152	—	—	648	4123	80,0	101	
2. Schlesien	84	11529	—	—	1585	9256	80,3	271	
3. Brandenburg	118	14280	—	—	1420	8248	57,8	641	
4. Pommern	66	4300	—	—	497	3335	77,6	79	
5. Nordmark	109	10582	3	39	1297	6368	60,2	318	
6. Niedersachsen	85	7281	4	74	692	5092	69,9	261	
7. Westfalen	26	3183	—	—	258	2605	81,8	141	
8. Rheinland	24	4116	—	—	171	3294	80,0	214	
9. Hessen	32	4147	2	30	378	3144	75,8	6	
10. Mitteldeutschl.	142	14162	5	176	1789	10034	70,9	637	
11. Sachsen	62	20287	—	—	2817	13786	68,0	635	
12. Bayern	80	7039	1	7	577	5198	73,8	287	
13. Südwestdeutschl.	44	3835	—	—	364	2873	74,9	288	
Deutsches Reich zuz.	926	109 893	15	326	12493	77357	70,4	3879	
14. Ausland	1	585	1	20	85	470	88,3	4	
Gesamtverband	927	110 478	16	346	12578	77827	70,4	3883	

Der gesamte Bestand beträgt:
 1. Zahlstellen (Spalte 2 und 4)..... 943
 2. Mitglieder (Spalte 3 und 5)..... 110 824
 3. Lehrlinge (Spalte 3 und 5)..... 12 624

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 26. Januar hat sich die Arbeitslosenziffer von 60,0% auf 70,4% erhöht, die Krankenziffer blieb auf 3,6% stehen. Das Ergebnis vom 26. Januar stellt sich, nachdem noch 8 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 937 Zahlstellen mit zusammen 111 613 Mitgliedern, darunter 12 278 Lehrlinge, waren 66 358 Mitglieder arbeitslos und 3928 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 30. März.

Die Arbeitslosigkeit unserer Lehrlinge.

Landesarbeitsamt	Gesellen				Lehrlinge			
	davon erwerbslos		davon erwerbslos		davon erwerbslos		davon erwerbslos	
	Gesamt	in Proz.						
Ostpreußen	4 504	3 792	84,2	648	331	51,1		
Schlesien	9 944	8 449	85,0	1 585	807	50,9		
Brandenburg	12 860	7 707	59,9	1 420	541	38,1		
Pommern	3 803	3 155	83,0	497	180	36,2		
Nordmark	9 285	6 211	66,9	1 297	157	12,1		
Niedersachsen	6 589	4 905	74,4	692	187	27,0		
Westfalen	2 925	2 515	86,0	258	90	34,9		
Rheinland	3 945	3 245	82,3	171	49	28,7		
Hessen	3 769	3 063	81,3	378	81	21,4		
Mitteldeutschl.	12 373	9 383	75,8	1 789	651	36,4		
Sachsen	17 470	12 265	70,2	2 817	1 522	54,0		
Bayern	6 462	5 044	78,1	577	154	26,7		
Südwestdeutschl.	3 471	2 745	79,1	364	128	35,2		
Deutsches Reich zusammen	97 400	72 479	74,4	12 493	4 878	39,0		
Ausland	500	430	86,0	85	40	47,1		
Gesamtverband	97 900	72 909	74,5	12 578	4 918	39,1		

Konjunkturinstitut.

Die Erhebung über die Arbeitslosigkeit zeigen, daß der Baumarkt vollkommen darniederliegt. Die Arbeitslosigkeit hat einen Grad erreicht, der, solange Erhebungen im Verbandsverhältnis vorliegen, und zwar seit dem Jahre 1901, noch nie beobachtet wurde. Selbst in der Zeit der schwersten Depression nach der Inflation wurden noch nicht einmal 60% Erwerbslose registriert. Jetzt stellen wir im Monat Februar 70,4% erwerbslose Mitglieder und, wenn die Lehrlinge ausgeschaltet werden, sogar 74,5% arbeitslose Zimmerer fest. Dreiviertel aller Zimmerer, die für sich und ihre Familien zu sorgen haben, sind erwerbslos und müssen sich zum größten Teil mit der verringerten Sonderfürsorge anstatt mit der vollen Erwerbslosenunterstützung durch die ungewollte Arbeitslosigkeit durchschlagen. Bedauerlicherweise steigerte sich auch die Erwerbslosenziffer der Lehrlinge von 25,1 auf 39,1%.

Nachstehende Tabelle gibt Auskunft über den Stand der Erwerbslosigkeit der letzten 12 Monate:

Monat	Insgesamt		Es berichteten		Davon Arbeitslose	
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	Gesamt	in %
1928 Febr.	945	103 011	921	102 425	36 815	35,9
März	948	103 928	886	99 433	29 182	29,3
April	943	105 180	914	102 031	18 047	17,7
Mai	946	106 985	917	106 211	12 318	11,6
Juni	946	108 815	845	102 993	9 195	8,9
Juli	947	110 670	883	108 701	8 231	7,6
August	946	112 161	918	111 140	8 777	7,9
September	947	112 777	908	111 497	10 828	9,7
Oktober	946	112 662	908	109 989	14 143	12,9
November	945	112 779	912	111 474	22 656	20,3
Dezember	948	111 797	920	110 552	48 088	43,5
1929 Januar	944	110 816	929	110 364	66 185	60,0
Februar	943	110 824	927	110 478	77 827	70,4

Bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur der Einfluß der Witterung zu beachten, sondern die wirtschaftlich schlechteren Verhältnisse sprechen ein gewichtiges Wort mit.

Die Erhebungen über die Konjunktur haben ergeben, daß im Monat Februar eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen ist. Nachstehende Tabelle gibt darüber Auskunft:

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut 2	befriedigend 3	schlecht 4	Be- triebe	Be- schäftigte	Be- schäftigte	
1929 Januar	8	329	46	779	243	1527	3,45
Februar	4	147	13	378	208	1537	3,67

In der Konjunkturstatistik sind im Monat Februar 306 Betriebe beteiligt, die 2062 Zimmerer beschäftigen, das sind 573 Zimmerer weniger als im Monat Januar. Zu beachten ist, daß im Januar 51 Betriebe vorhanden waren, die infolge der Witterung keine Zimmerer beschäftigten. Die Anzahl der Betriebe ohne beschäftigte Zimmerer ist im Monat Februar auf 81 gestiegen. In den 225 Betrieben die Zimmerer beschäftigen, war in 4 Betrieben mit 147 Beschäftigten der Beschäftigungsgrad gut, in 13 Betrieben mit 1537 Beschäftigten als schlecht bezeichnet. Im Laufe des Monats wurden in 18 Betrieben 160 Zimmerer eingestellt und in 180 Betrieben 1015 Zimmerer entlassen. Verkürzt wurde gearbeitet in 3 Betrieben mit 78 Beschäftigten. Die Konjunkturaussichten in den nächsten 14 Tagen wurden von 6 Betrieben mit 217 Beschäftigten als gut, von 5 Betrieben mit 80 Beschäftigten als befriedigend und von 214 Betrieben mit 1765 Beschäftigten als schlecht bezeichnet.

Sind die Löhne an den hohen Preisen schuld?

Die Gestaltung der Preise spielt namentlich dann eine sehr wesentliche Rolle, wenn die Konjunktur eine Abschwächung erfährt. Wir befinden uns zur Zeit in einer äußerst verwickelten und schwierigen Wirtschaftslage. Der Ausfall der Massenkaufkraft durch die überhöhte Arbeitslosigkeit macht sich immer schärfer bemerkbar. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit müßte man erwarten, daß der hohe Preisstand ins Wanken gerät. Aber den Inlandspreisen scheint es ähnlich wie den Schnee- und Eismassen zu gehen: kein wärmerer Hauch vermag sie zum Schmelzen zu bringen.

Das Institut für Konjunkturforschung untersucht in seinem letzten Vierteljahresheft die Entwicklung der Preise nach verschiedenen Richtungen. Die bereits bekannte Entwicklung der freien und verbandlich geregelten Preise in der Gruppe der industriellen Rohstoffe und Halbwaren kommt noch einmal ziffernmäßig zur Darstellung. Die freien Preise haben sich vom Januar 1928 von 93,5 auf 86,9 im Januar 1929 vermindert. Dagegen sind die Preise der kartellartig gebundenen Wirtschaftszweige von 97,9 auf 100,6 in dem gleichen Zeitraum gestiegen. Eigentümlich ist es, daß das Konjunkturinstitut hierfür die Lohnentwicklung verantwortlich macht. Dies geschieht mit folgenden Worten:

Die Ursache für die einer Reduktion des Preisniveaus entgegenwirkende Gestaltung der geregelten Preise liegt hauptsächlich in der durch die Lohnentwicklung — das Niveau der tariflichen Stundenlöhne hat sich im Laufe des Jahres 1928 um etwa 7% erhöht — bedingten Steigerung der Kosten, die durch Rationalisierung nicht immer ausgeglichen werden konnte. Dies führte bei den geregelten Preisen, die sich unter dem Einfluß des Konjunkturanstieges, also bei wachsender Kapazitätsausnutzung, nicht erhöht hatten, bei abgleitender Produktion und damit abnehmender Kapazitätsausnutzung teilweise zu einer Heraufsetzung. Bei den freien Preisen dagegen, die mit dem Konjunkturanstieg angezogen hatten, ist bis Januar ein weiterer Rückgang eingetreten.

Die Erhöhung der Löhne dürfte eine ziemlich allgemeine gewesen sein. Somit sind auch jene Industriegruppen, die der freien Preisbildung unterliegen, von ihr erfaßt worden. Es ist deshalb ganz unerklärlich, wie ein amtliches Institut zu der Behauptung kommt, daß die Erhöhung der Löhne die Verminderung der verbandsmäßig geregelten Preise unterbunden habe. Diese Behauptung muß so lange schärfstens zurückgewiesen werden, als sie nicht bewiesen ist. Wohlweislich unterläßt man es, den schlüssigen Beweis für eine derartige Behauptung anzutreten. Die Verschiedenartigkeit der Preisentwicklung liegt lediglich daran, weil bei den kartellartig gebundenen Preisen jede Konkurrenz fehlt und infolgedessen die hohen Preise trotz Konjunkturabstiegs gehalten wurden.

Sehr aufschlußreich sind aber die Berechnungen des Konjunkturinstituts über den Preisstand jener Waren, deren Höhe entweder vom Inland oder vom Ausland bestimmt wird. Eine Zusammenstellung hierüber ergibt folgendes:

	Inlands- (1925 = 100)	Auslands- bestimmte Preise
1926: Januar	97,4	91,3
Juli	95,8	84,1
1927: Januar	97,2	81,7
Juli	99,7	86,0
1928: Januar	99,1	90,2
Juli	101,1	89,8
Oktober	100,9	85,8
1929: Januar	101,2	86,1

Seit Juli 1926 ist bei den inlandsbestimmten Preisen eine kaum unterbrochene Steigerung zu verzeichnen gewesen. Die auslandsbestimmten Preise hingegen haben sich seit langem gehalten; sie sind sogar vom Januar 1928 bis Januar 1929 um 4 Punkte zurückgegangen. Das zu Weltmarktpreisen versorgte Ausland ist also bezüglich der Rohstoffe und Halbwaren besser daran als der deutsche Inlandsmarkt. Die deutsche Fertigungsindustrie ist gezwungen, wesentlich mehr für die Rohprodukte aufzuwenden als ihre Konkurrenz im Ausland. Das Konjunkturinstitut führt

die Erhöhung der Inlandspreise gegenüber den ausländischen auf die Gestaltung der geregelten Preise zurück. Die Kartelle vermögen also nicht nur einen Vorsprung gegenüber den freien Preisen im Inlande, sondern auch eine Ueberlegenheit gegenüber den Preisen für Auslandswaren aufrecht zu erhalten. Das Konjunkturinstitut schreibt im Anschluß hieran folgendes: „Der verhältnismäßig geringe Rückgang der inlandsbestimmten Preise ist wiederum Ausdruck für die Kräfte, die von der Kostenseite einem dem Konjunkturabstiege entsprechenden Preisrückgang entgegenwirken.“

Wenn man diesen Satz mit der oben zitierten Meinung des Konjunkturinstituts vergleicht, so muß man der Meinung sein, daß auch hier die Lohnerhöhungen für die Verschiedenheit der inländischen und ausländischen Preise verantwortlich gemacht werden. Wir haben oben gegen eine derartige beweislose Behauptung protestiert und dürfte sich deshalb eine nochmalige Zurückweisung dieses Vorwurfs erübrigen. Aber eine solche „Konjunkturforschung“ ist bezeichnend.

Der Rückgang einiger Großhandelspreise in letzter Zeit, namentlich für Textilwaren und Schuhe, hat sich auf die Einzelhandelspreise noch nicht ausgewirkt. Jedoch ist mit der weiteren Abschwächung der Einkommensbildung nach dem Konjunkturinstitut zu erwarten, daß auch hier eine Korrektur der Preisgestaltung vor sich geht. Hoffen wir das Beste! Wenn aber die Einzelhandelspreise keinerlei Neigung zeigen, einen eintretenden Rückgang der Großhandelspreise mitzumachen, sind daran dann auch die kostenverfeuernden Lohnerhöhungen schuld? Es wäre nicht zu verwundern, dies bei der nächsten Veröffentlichung des Konjunkturinstituts lesen zu müssen.

Anfälle, die zur Vorsicht mahnen.

In den Jahresberichten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, die nun für das Jahr 1927 vorliegen, zeigt sich, daß die Unfallgefahr im Baugewerbe außerordentlich groß ist. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Anfälle bedeutend gestiegen. Einzelne Berufsgenossenschaften machen es sich sehr leicht, die Erhöhung der Unfallziffer zu erklären. So berichtet die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft:

„Die Versicherten haben natürlich ihrerseits heute auch selbst ein viel größeres Interesse an der sofortigen Unfallmeldung, denn einmal haben sie, da die Wartezeit im Wegfall kommt, vom ersten Tag der Erkrankung Anspruch auf Krankengeld, zum andern wird auch das Verlangen nach einer Rente durch die zugespitzten wirtschaftlichen Verhältnisse begünstigt, und eine erlangte Rente ist natürlich heute weit einträglicher als ehemals. Die zehnprozentige Rente, die früher nur etwa 7,50 M im Monat betrug, stellt sich heute auf etwa 14 M. Hierzu kommt, daß die Versicherten heute oft Unterstützung durch die Ärzte finden. Diese kommen den Patienten hinsichtlich der Beurteilung der Erkrankung und der Behandlungsdauer weitmöglichst entgegen, um nicht unbeliebt zu werden und den Anspruch zu verlieren. Darauf müssen jetzt viele Ärzte bedacht sein zufolge der im ärztlichen Stand vorhandenen wirtschaftlichen Notlage, verursacht durch die in der Nachkriegszeit eingetretene Ueberfüllung des ärztlichen Berufes und der finanziellen Verluste der Inflationszeit.“

Es ist ein starkes Stück, was die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft der Öffentlichkeit in ihrem Bericht vorzulegen wagt. Wir finden eine andere Erklärung für die Erhöhung der Unfallziffer, als das die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft getan hat. Die starke Zunahme der Akkordarbeit, die Unzulänglichkeit der Kontrolle und das Außerachtlassen der Unfallverhütungsvorschriften durch die Unternehmer, das sind nach unserer Meinung die stärksten Faktoren, die eine Steigerung in der Unfallgefahr zur Folge haben.

Lehrreich und beachtlich sind einige Anfälle, über die einzelne Baugewerks-Berufsgenossenschaften berichten. Die Nordbaltische Baugewerks-Berufsgenossenschaft berichtet über folgenden bedauerlichen Unfall, der in vielfacher Hinsicht zur Lehre dienen kann:

Die Besitzer mehrerer Ortschaften im Kreise Tilsit-Ragnit hatten sich zu einem Brückenbauverband vereinigt, zwecks Herstellung und Unterhaltung einer Brücke über die Scheschuppe. Diese Brücke mußte jedoch im Frühjahr und Herbst bei Treibeis und Hochwasser entfernt werden. Im Juli 1927 sollte die Brücke wieder abgenommen werden, um bei dem niedrigen Wasserstand neue Unterlagsplatten für tragende Brückenteile zu verlegen. Die Arbeiten wurden fast ausschließlich von Besitzern und landwirtschaftlichen Arbeitern ausgeführt. Die Bohlen der Fahrbahn waren zum Teil entfernt und die Längsbalken an einem Ufer aufgelöst. — Während nun die freigemachten Längsbalken mit Stricken auf den noch stehenden Brückenteilen gezogen wurden, hatten einige unbefohlene Arbeiter die Befestigung der Brücke am entgegenliegenden Ufer ebenfalls gelockert. Die ganze Brücke stürzte nun zusammen. Von den bei den Arbeiten beschäftigten 70 Personen wurden 32 verletzt, davon 4 tödlich. Eine sachmännische Aufsicht war bei den Arbeiten nicht zugezogen. Wegen der Schuldfraße schwebt noch ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft in Tilsit.

Ueber einen Unfall besonderer Art berichtet die Hannoverische Baugewerks-Berufsgenossenschaft: Ein Zimmergeselle fuhr nach Einnahme seines Mittagessens von der Wohnung wieder nach seiner Arbeitsstätte. Er hatte dabei eine kurze Tabakspfeife im Munde. An einer Straßenecke stieß er mit einem andern Radfahrer zusammen, und im Sturz drang ihm der Pfeifenkopf durch den weichen Gaumen ins Gehirn. Sofortiger Tod des Mannes war die Folge.

An einer Reihe weiterer bedauerlicher Anfälle waren unsere Kameraden beteiligt. So berichtet die Hessentassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft über folgende Anfälle:

Ein Zimmerlehrling, der allein in der Werkstätte war und den Auftrag hatte, einen Stiel in ein Klopffholz zu machen, setzte, um ein passendes Holz von einem Brett zu schneiden, die Kreissäge eigenmächtig in Betrieb und schnitt sich hierbei vier Finger der linken Hand ab.

Der Zimmergeselle G. aus M. fuhr mit seinem unbeluchteten Fahrrad nachts auf dem Wege zu seinem Wohnort in ein entgegengesetzter Richtung fahrendes Fuhrwerk und erlitt schwere innere Verletzungen, an denen er wenige Stunden später starb.

Der Zimmermann P. wollte von einem Lastauto, das vor dem Aufhänger eines Neubaus angefahren war, Bauholz abladen. Plötzlich fiel von dem Aufhänger eine Rüstfange ab und traf den Verletzten am Kopf, wodurch ein Schädelbruch mit tödlichem Ausgang herbeigeführt wurde.

Der Hilfsarbeiter K. war mit Abladen von zirka 20 m langen Baumstämmen aus einem Eisenbahnwagen beschäftigt. Die Stämme auf dem Waggon wurden mit Ketten befestigt, um die Ketten umlegen zu können. Bei dem Umlegen der Ketten brach bei einem Ruck der glitschigen Hölzer die festhaltende Kette und die abrollenden Stämme trafen den K. tödlich.

Der Zimmermann K. war an einem dreistöckigen Gebäude beim Ausbessern des Hauptgestüms beschäftigt. Er stand auf dem oberen Gerüstgang, um an dem Hauptgestüms ein etwa 60 cm langes Gestümsglied auszubessern. Als sein Meister G., aus einem Fenster heraussteigend, zu ihm gehen wollte, brach die aus einem Latentstück bestehende Unterlage unter dem Dielengang. Der Meister G. konnte sich beim Abfallen noch an dem darunterliegenden Gerüstgang halten, K. jedoch fiel auf den Steinboden des Hofes und starb gleich darauf.

Der Zimmerer B., der bei der Herstellung der Dachkonstruktion eines zweistöckigen Hauses beschäftigt war, fiel von einem Deckenbalken über dem zweiten Stock. Da das darunterliegende Gebälk nicht abgedeckt war, fiel er durch das Gebälk auf den Scheunenboden und verletzte sich tödlich.

Der Zimmerlehrling H. stand auf dem Dachstuhlgerüst eines zweistöckigen Hauses, um Dachkonstruktionshölzer an Aufzug abzunehmen. Als er an dem Aufzugskänder den drehbaren Schwenkarm herumdrehte, stolperte er am Schwenkarm angebrachte Kette beim Schlenkern aus dem Haken, H. verlor das Gleichgewicht, und da am Gerüst kein Brüstungsbohm angebracht war, stürzte er zwei Stockwerke tief ab, wobei er sich schwere innere Verletzungen zuzog.

Die Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft berichtet über einen eigenartigen Verkehrsunfall: Ein Zimmerlehrling, der auf seinem Fahrrad in rasender Fahrt auf der linken Straßenseite zur Arbeit fuhr, stieß in einer Kurve auf einen Personenkraftwagen. In den Folgen des Zusammenstoßes starb er.

In den Berichten der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaften finden wir einige beachtenswerte Unfälle: Bei der Aufstellung eines Dachbinders für einen Stadel wurde ein Balken durch das Gewicht von 27 Personen, die teilweise Gefälligkeitendienste leisteten, belastet und brach entzwei. Sämtliche Beteiligten stürzten herunter. Verletzt wurde nur ein Zimmermann.

Bei der Abnahme des Zifferblattes einer Kirchenuhr wurde ein an einem Ausleger hängender Fahrstuhl benutzt. Während der Arbeit glitt der offene Aufhänger der Aufzugsrolle aus der mit dem Riegel gewickelten Kette, worauf der Fahrstuhl mit dem darin stehenden Zimmermann in die Tiefe stürzte. Die Verletzungen des Arbeiters waren tödlich.

Im Turbinenraum einer Mühle wollte ein Zimmermann an einem dort stehenden Schleiffstein das Weilschleifen. Durch Ausrutschen auf dem Fußboden kam der Arbeiter zu Fall und wurde von der 70 Zentimeter über dem Boden befindlichen ungeschützten Hauptwelle erfasst. Der Zimmermann erlitt eine schwere Armverletzung.

An einer kombinierten Kreissäge und Fräsmaschine wollte ein Zimmermann den Holzgriff eines Steuerrades fräsen. Der Versicherte unterbrach diese Arbeit, um zunächst auf der Kreissäge der gleichen Maschine ein Brett zu säumen. Beim Anlauf der Kreissäge wurde bemerkt, daß die Fräse nicht stillstand, weil versäumt war, den Antriebsriemen von der Stufenscheibe abzunehmen. Im Begriff, die Maschine aus diesem Grunde nochmals stillzusetzen, rutschte der Arbeiter auf dem Fußhebel des Ausrückers aus und fiel mit dem Oberkörper auf den Maschinentisch. Der rechte Arm wurde von den Fräsmessern erfasst und mußte infolge der Verletzungen abgenommen werden.

Die Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft berichtet hauptsächlich über die Zahl der Unfälle, die sich an Holzbearbeitungsmaschinen ereignen. Wörtlich wird im Bericht folgendes ausgeführt: In den mechanischen Holzbearbeitungsmaschinenbetrieben, hauptsächlich den Zimmereibetrieben, wurden öfters Leute beschäftigt, die mit der Bedienung dieser gefährlichen Maschinen keineswegs vertraut waren. An Holzbearbeitungsmaschinen haben sich 98 Unfälle ereignet, von denen 22 entschädigungspflichtig geworden sind. Auf dem Wege zu und von der Arbeit sind 220 Personen verunglückt, für die in 29 Fällen Entschädigungen gezahlt wurden, und bei welchen besonders die Verkehrs- und Fahrradunfälle mit ihren im allgemeinen schweren Folgen auffallen. Auch die überwiegend nasse Witterung in der Hauptbauzeit trug zur Vermehrung der Unfälle bei.

Ein über 18 Jahre alter Zimmerlehrling mußte einem Vorarbeiter an der Fräsmaschine Beihilfe leisten, als ein Treppengriff aus Tannenholz von 2,80 m Länge und 65/55 mm Stärke gefräst werden sollte. Als der Griff bis zur Mitte an den Fräsmessern vorbeigefahren worden war, erfolgte ein Rückschlag, und als der Lehrling den Griff wieder an den Anschlag drücken wollte, brachte er eine Hand an die Schnittwerkzeuge, so daß sie erheblich verletzt wurde. Bei sachgemäßer Verwendung von Druckfedern und bei Abdeckung der Fräsmesser wäre der Unfall verhütet worden.

Die genannten Unfälle zeigen, daß die größte Vorsicht am Platze ist. Nicht nur bei der Aufstellung von Konstruktionsteilen, sondern auch bei der Arbeit an Holzbearbeitungsmaschinen sind die diesbezüglichen Unfallverhütungsvorschriften auf das strengste zu beachten. Den Kameraden kann nicht eindringlich genug zu Gemüte geführt werden, daß die bestehenden Schutzvorschriften angewendet werden.

Leben und Gesundheit sind ein zu kostbares Gut, als daß damit frivol umgegangen wird. Die genannten Unfälle stellen nur einen Auschnitt dar. Immerhin zeigen sie, daß größte Vorsicht am Platze ist.

Wieder Aufklärung über die Unfallgefahren.

Unser Zentralvorstand hat im Jahre 1927 in einer Eingabe an die Regierungen des Reiches und der Länder gefordert, daß das Gebiet des Bauarbeiter-schutzes als obligatorisches Unterrichtsfach an den Gewerbe-, Berufs- und Fachschulen eingeführt werden soll. Die Länderregierungen haben uns zum größten Teil damals abweichend geantwortet. Es ist interessant, in den Jahresberichten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften festzustellen, daß man dort bezüglich der Belehrung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge die gleiche Auffassung vertritt, wie wir das in unsern Eingaben an die Behörden dargelegt haben.

Die Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft macht in ihrem Bericht folgende interessante Feststellung: Wirksame Hilfe können der Baugewerks-Berufsgenossenschaft bei diesen Bestrebungen die Lehrer an den Volks-, Fach- und Fortbildungsschulen durch entsprechende Behandlung der Unfallverhütung in ihren Unterrichtsstunden leisten.

Die Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft berichtet folgendes: In den Fortbildungsschulen erstreckte sich der Unterricht immer noch nicht auf diese Fächer. Um dem RM. über die Einführung dieser Fächer, über Gewerbehygiene und Unfallverhütung auf technischen Lehranstalten, Berufs- und Volksschulen einen erschöpfenden Bericht geben zu können, hat sich der Vorstand am 24. Februar 1927 mit einer entsprechenden Anfrage an das Württembergische Kultusministerium gewandt, das sich zur Sache wie folgt geäußert hat: In den allgemeinen Fortbildungsschulen und in den Landwirtschaftsschulen Württembergs findet ein systematischer Unterricht über Unfallverhütung nicht statt. Dagegen werden gelegentliche Belehrungen dieser Art nicht versäumt, sei es bei Behandlung der sozialen Versicherungen oder anlässlich der Besprechung von Unglücksfällen. Im Unterricht der Gewerbeschulen wird die Unfallverhütung in verschiedenem Zusammenhang behandelt. In sämtlichen Schulen wird im Rahmen der „Wirtschaftslehre“ an Hand der bekannten Unfallverhütungsbilder auf die Unfallverhütung im allgemeinen hingewiesen. Diese Bilder sind außerdem in den meisten Gewerbeschulen in Schulfällen, Gängen und Werkstätten als Wandtafeln angebracht und somit den Schülern stets vor Augen. In allen mit Werkstätten ausgestatteten Gewerbeschulen wird praktischer Unterricht über Unfallverhütung bei Behandlung der Werkstattordnung sowie beim Unterricht über den Bau und die Arbeitsweise der einzelnen Werkzeuge, Maschinen und Apparate erteilt. An der Höheren Bauhschule in Stuttgart und an der Höheren Maschinenbauhschule in Eßlingen wird Unterricht über Unfallverhütung im Rahmen des Lehrfaches „Arbeiterschutz und Gewerbehygiene“ erteilt. Dabei werden die allgemeinen Fragen der Unfallverhütung an Hand der bestehenden Vorschriften und durch Besprechung typischer Fälle aus der Praxis besprochen. In diesen beiden Schulen wird der Unterricht durch einen Beamten des Gewerbeaufsichtsamts erteilt.

Es ist immerhin schon ein Erfolg, wenn eine Regierung Veranlassung nimmt, in der oben geschilderten Weise vorzugehen. Denn darüber müssen sich alle Beteiligten klar sein: Die Verringerung der Unfallziffer ist nur möglich, wenn hinreichend Aufklärung gegeben wird. Dazu eignet sich in erster Linie der Unterricht an den Berufs- und Fortbildungsschulen.

Die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft nimmt lebhaften Anteil an der Aufklärung über die Unfallgefahren. Wiederholt konnten wir im „Zimmerer“ berichten, daß sich die technischen Aufsichtsbeamten in den Dienst der Aufklärungsarbeit stellen. In dem Bericht der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft wird darüber folgendes berichtet: Ueber die Durchführung des unfalltechnischen Unterrichtes an Berufsschulen fand eine Besprechung in München statt, an welcher der Leiter des technischen Aufsichtsdienstes teilgenommen hat. Das Ergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß an den hierfür in Betracht kommenden Münchener Schulen unter Mitwirkung der Baugewerks-Berufsgenossenschaft Unterrichtsvorträge abgehalten werden, während für besondere Interessengruppen Einzelvorträge im Sozialen Landesmuseum stattfinden sollen.

An den technischen Lehranstalten ist die Einführung des unfalltechnischen Unterrichtes weiter gediehen. Im Lehrplan mehrerer Anstalten ist die Erörterung von Unfallverhütungsfragen vorgesehen.

An eine Reihe von Unterrichtsanstalten wurden für Zwecke des Unterrichtes einschlägige Vorschriften, Unfallverhütungsbilder und sonstiges Material kostenlos abgegeben.

Die südwestdeutsche Baugewerks-Berufsgenossenschaft kann bezüglich der Aufklärungsarbeit an den Fortbildungs- und Gewerbeschulen folgendes berichten: Der Unterricht über Unfallverhütung hat an gewerblichen Fortbildungs- und Gewerbeschulen sowie am Staatstechnikum erfreuliche Fortschritte gemacht. Durch einen Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichtes Nr. 13 599 vom 4. November 1927 wurden die Schulleitungen angewiesen, der Aufklärung und Belehrung über den Arbeiterschutz ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der leitende WB. hat die Abhaltung von Lichtbildervorträgen am Staatstechnikum übernommen. Mehrere Gewerbeschulen und gewerblichen Fortbildungsschulen wurde auf ihr Ersuchen Unterrichtsmaterial unentgeltlich überandt.

Es ist immerhin erfreulich, festzustellen, daß unsere Hinweise im Verbandsorgan, sowie die Eingaben an die Behörden des Reiches und der Länder einigen Erfolg hatten. Hoffen wir, daß die Aufklärungsarbeit in starkem Maße gefördert wird. Nur dadurch wird es möglich sein, die Zahl der Unfälle zu verringern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Gauverbände

Gaukonferenz im Gau 16 (Württemberg).

Am 17. Februar fand im Gewerkschaftshaus in Stuttgart eine Gaukonferenz statt, die von allen Zahlstellen des Gaues 16 besichtigt war. Der stellvertretende Gauleiter, Kamerad Kempf, gab im ersten Punkt der Tagesordnung einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Gauleitung im Jahre 1928. Zu Beginn der Verhandlungen wurde das Andenken des verstorbenen Gauleiters, Kamerad Schwenninger, in der üblichen Weise geehrt. Kamerad Kempf behandelte zunächst die organisatorische Tätigkeit, die im Gau veranstaltet wurde. Der Redner betonte, daß es Aufgabe der Funktionäre sein müsse, das Gaugebiet organisatorisch zu bearbeiten. Unser Streben müsse darauf gerichtet werden, eine möglichst lückenlose Organisation zu schaffen. Die Tätigkeit der Gauleitung erstreckte sich in erster Linie auf die Durchführung des Tarifvertrages. In sehr vielen Fällen mußten Klagen beim Arbeitsgericht erhoben werden, um den Kameraden das tariflich festgelegte Recht zu sichern. Es mußte festgestellt werden, daß überall, wo gute Organisationsverhältnisse zu verzeichnen sind, die Durchführung des Tariflohnes keinerlei Schwierigkeiten macht. Eine lebhaft diskutierte sich den Ausführungen des Kameraden Kempf an. — Nach dem Bericht über die Tätigkeit der Gauleitung, der mit Beifall aufgenommen wurde, erfolgte die Neuwahl des Gauleiters. Um den Posten des Gauleiters hatten sich sieben Kameraden beworben. Der seitherige stellvertretende Gauleiter, Kamerad Kempf, wurde einstimmig gewählt. Im Anschluß an die Wahl des Gauleiters gab Kamerad Schumann vom Zentralvorstand einen Bericht über den Stand und die Aufgaben des Verbandes. Der Redner hob hervor, daß die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften nach wie vor die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seien. Diese Fragen seien nachdrücklich zu verfolgen. Je größer die Zahl der organisierten Arbeiter ist, um so stärker wird ihr Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Organisationsverhältnis in unserm Verband sei gut, jedoch ständen noch Tausende dem Verbandsverbande und seinen Bestrebungen fern. Die Unorganisierten für den Verband zu gewinnen, müsse unsere Aufgabe sein. Der Redner betonte besonders die Wichtigkeit der Kleinarbeit. Nur in intensiver Arbeit könne es gelingen, dem Verband neue Kämpfer zuzuführen. Von Wichtigkeit sei ferner die Schulung der Funktionäre. Ausführlich berichtete der Redner über die vom Verband veranstalteten Funktionärschulungskurse. Die Kurse seien dazu angetan, die Verbandsfunktionäre mit den gegenwartsaufgaben der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen. Die Arbeiterschaft müsse nicht nur das Recht, das durch Tarifvertrag gewährt sei, ausnützen, sondern darüber hinaus auch noch von dem in der Verfassung gewährten Recht Gebrauch machen. Die größte Beachtung verdiene ebenfalls die Betriebsvertretung. Es dürfe in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß eine Arbeitsstelle ohne Betriebsvertretung sei. Die Bau- und Platzdelegierten seien Stützpunkte der Organisation. Die Aufgaben der Bau- und Platzdelegierten behandelte der Redner sehr ausführlich. In der Diskussion brachten sämtliche Redner zum Ausdruck, daß intensive Arbeit notwendig sei, um den Verband im Gau 16 vorwärtszubringen. Die Ausführungen des Kameraden Schumann wurden mit Beifall aufgenommen. Damit waren die Verhandlungen am Ende angelangt. Am Schluß der Konferenz richtete der Vorsitzende einen Appell an die Kameraden, in dem hervorgehoben wurde, im Sinne des Referenten zu wirken und die Organisation weiter auszubauen.

Konferenz der Zahlstellenvorstände in Oberfranken.

Am 17. Februar fand in Hof an der Saale eine Konferenz der Zahlstellenvorstände Oberfrankens statt. Vertreten waren aus dem Gau 13 (Nord-Bayern) nachfolgende Zahlstellen: Hof, Selb, Schwarzenbach a. d. S., Helmbrechts, Wunsiedel, Rehau und Nabburg. Die Konferenz befaßte sich mit einigen Beschwerden des Landesarbeitsamts wegen Beschäftigung von Ausländern in den Gebieten der genannten Zahlstellen. Ferner wurden agitatorische und organisatorische Fragen behandelt. Der Gauleiter, Kamerad Promm, eröffnete die Versammlung und teilte die Aufgaben der Konferenz mit. Es sei bedauerlich, daß die Zahlstellen Marktredwitz und Kirchenlamitz nicht vertreten seien. Die Konferenz habe sich notwendig gemacht, weil Kameraden aus der Tschechoslowakei durch die Arbeitsämter vermittelt werden, obwohl in den genannten Zahlstellen Zimmerer in genügender Zahl vorhanden waren. Ein großer Teil der einheimischen Kameraden sei erwerbslos und mußte sich teilweise auswärts Arbeit suchen, während Zimmerer aus den außerdeutschen Gebieten ohne weiteres Arbeit erhielten. Nach den Feststellungen der einzelnen Arbeitsämter arbeiten in den Zahlstellengebieten Selb 8, in Marktredwitz 5, in Kirchenlamitz 4, in Nabburg 5, in Wunsiedel 7 und in Schwarzenbach 2 Ausländer. In all den genannten Zahlstellen seien einheimische Kameraden genügend vorhanden, um die Zimmerarbeiten auszuführen. Insgesamt werden in den angeführten Gebieten 41 ausländische Zimmerer und ein Lehrling beschäftigt. Zur gleichen Zeit mußten 20 einheimische Kameraden sich auswärts Arbeit suchen und weitere 20 Kameraden waren zur gleichen Zeit erwerbslos. Es konnte ferner festgestellt werden, daß die ausländischen Zimmerer zum größten Teil 12 Stunden täglich arbeiteten und dafür nur geringen Lohn bekommen. In einzelnen Fällen haben die ausländischen Zimmerer vier Wochen lang auf ihren Lohn warten müssen. Die Konferenz verlangt Beseitigung dieser Zustände in einer Beschwerde an die einzelnen Arbeitsämter. Auch dem Landesarbeitsamt soll der Standpunkt der Konferenz mitgeteilt werden. Der Gauleiter wurde beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen. Im Punkt 2 der Tagesordnung wurden Organisations- und Agitationsfragen behandelt. In

ausführlicher Weise berichtete der Gauleiter, Kamerad Promm, über die bevorstehenden Aufgaben auf diesen Gebieten. Mißerfolge dürften uns nicht abschrecken, um immer wieder zu versuchen, das Organisationsgebiet auszuweiten. Die Schwierigkeiten, die im hiesigen Gebiet bestehen, wurden von einigen Kameraden zur Sprache gebracht. Besonders seien es die kleinen Betriebe und das Scharwerkertum, das der Ausbreitung unserer Organisation Schwierigkeiten bereitet. Der Gauleiter gab noch das für die einzelnen Zahlstellen zu bearbeitende Gebiet bekannt. Auch der Organisationsarbeit unter den Lehrlingen müssen wir unsere größte Aufmerksamkeit widmen. In Hand von Beispielen bewies der Gauleiter, Kamerad Promm, daß es vielfach noch an den Eltern der Lehrlinge liege, wenn diese nicht zu ihrem Recht kommen. Diese Ansicht wurde auch von andern Kameraden geteilt. Dennoch müsse es unsere Aufgabe sein, so betonte der Gauleiter, alles zu versuchen, um in der Lehrlingsbewegung vorwärtszukommen. Beschlossen wurde, daß ein gemeinsames Zusammentreffen der nordbayrischen Zahlstellen am 16. Juni in Kornberg stattfinden soll. Nachdem die Konferenz die Tagesordnung erledigt hatte, wurde diese mit einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer geschlossen.

Berichte aus den Zahlstellen

Annaberg. Unsere Generalversammlung fand am 20. Januar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende, Kamerad Endler, gab den Geschäftsbericht. Der Redner betonte, daß das Jahr 1928 im Zeichen des Aufstieges und der Festigung unseres Verbandes gestanden habe. Im Jahre 1923 habe die Zahlstelle 306 Mitglieder gezählt. Durch die Inflation und andere Erschütterungen sei die Mitgliederzahl auf 50 % zurückgegangen. Heute seien jedoch wieder 318 Kameraden Mitglieder des Verbandes. Im besagten Zahlstellengebiet sind 85 % der Zimmerer organisiert. In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Redner Fragen der Arbeitszeit, der Tarifpolitik, des Bauarbeiterschutzes, des Delegiertenwesens, sowie der Akkordarbeit. Besonders scharf wurde die Akkordschuferei kritisiert, die im Baugewerksbund üblich sei. Eine Reihe von Streitigkeiten unter den Arbeitern sei deshalb entstanden. Durch diese Vorfälle leidet die Organisation des Baugewerksbundes. Es müsse unsere Aufgabe sein, die Akkordarbeit im Baugewerbe zu bekämpfen, da sie die Unfallgefahr erhöht. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer erstattet. Die beiden Berichte wurden von den Kameraden mit Beifall aufgenommen. Da die Kasse in bester Ordnung war, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Gesamte Vorstand wurde mit einer Ausnahme einstimmig wiedergewählt. Die Versammlung beschloß, am 21. Juli 1929 das 25jährige Zahlstellenjubiläum zu feiern. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung wurde ein Ausschuß bestimmt. Dem Ausschuß sollen je ein Kamerad aus den angeschlossenen Bezirken als Mitglied angehören. Verschiedene Anträge und zwei Entschlüsse wurden angenommen. Der eine Antrag wünscht, daß Akkordarbeit für die Bauberufe verboten werden soll, der andere Antrag legt Strafe fest für Mitglieder, die wiederholt dem Verbandsbeitreten. Ferner wurde beschlossen, zwei Extrabeiträge zu 50 % zu erheben, die zur Finanzierung der Zahlstellenleiter verwendet werden. In einer Entschluß wurde Stellung genommen zur Sonderfürsorge und gefordert, daß dieses Schandgesetz beseitigt werden müsse. In einer weiteren Entschluß wurde gefordert, daß das Landesarbeitsamt Dresden den Zugang von Zimmerern aus dem Nachbarland unterbinden müsse, da selbst im Sommer noch erwerbslose Zimmerer im Zahlstellengebiet vorhanden sind. Mit einem Appell an die Anwesenden, alles einzusehen für die Organisation und überall Baudelegierte zu wählen, konnte die Versammlung ihren Abschluß finden.

Aischaffenburg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 17. Februar in Eisenfeld statt. Der Besuch hätte besser sein können; immerhin waren trotz der außergewöhnlich strengen Kälte aus allen Orten und Bezirken unseres weiterverzweigten Zahlstellengebietes Kameraden erschienen. Der Vorsitzende, Kamerad Bollmann, eröffnete die Versammlung und gab einen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er schilderte in großen Zügen die Verhältnisse im Zahlstellengebiet, insbesondere die Vorgänge, bei denen der Vorstand eingreifen beziehungsweise tätig sein mußte. Der Kassierer, Kamerad Keil, der infolge Verbindung des Vorsitzenden in den meisten Fällen dessen Vertretung übernehmen mußte, ergänzte den Bericht ausführlich. Kamerad Keil legte dar, daß die Bautätigkeit im Zahlstellengebiete bis in den November hinein eine recht gute gewesen sei und demzufolge auch umfangreiche Arbeiten zu erledigen waren. Die Werbearbeit wurde frühzeitig eingeleitet, und es ist gelungen, durch eine planmäßige Agitation den Mitgliederbestand in der Zahlstelle von 84 am Schlusse des Jahres 1927 auf 218 bis zum Schlusse des Jahres 1928 zu erhöhen, darunter habe sich die Zahl der Lehrlinge von 3 auf 19 erhöht. Trotz dieses schönen Erfolges müsse aber festgestellt werden, daß in dem ausgedehnten Zahlstellenbereich immer noch eine erhebliche Anzahl Unorganisierter vorhanden sei, deren Gewinnung für den Verband die nächste Aufgabe sein müsse. Die Lohnregelungen im Zahlstellengebiet seien bezüglich erfolgreich, und zwar sind Lohn erhöhungen nach dem Bezirksvertrag von insgesamt 7 % in der Spitze und an der Mainkanalisation 8 % eingetreten. Die letzte Lohnhöhung von 2 % sei für den hiesigen Bezirk nicht ausreichend gewesen. Sehr viele Verhandlungen, Differenzen und Streitigkeiten mußten wahrgenommen beziehungsweise geschlichtet werden, bei denen der Gauleiter recht oft in Anspruch genommen werden mußte. Fast alle Streitigkeiten konnten wir mit Erfolg für unsere Kameraden beenden. Zu erwähnen sei hierbei insbesondere die Lohnbewegung in Miltenberg-Bürgstadt, wo es gelungen sei, mit den Unternehmern, die sich zuerst recht unnahbar gezeigt hätten, im Sinne des Lohn- und Arbeitsstarifes, der damals noch nicht allgemeinverbind-

lich war, eine Vereinbarung abzuschließen. An der Stau- tische Klingenberg sei 5 Tage gestreikt worden, und die bestreikte Firma habe schließlich über den Tariflohn hinaus 8 % Tiefbaulage für die Zimmerer anerkannt. Andere wichtige Streitfälle seien durch Einzelverhandlungen mit den Unternehmern oder vor den Arbeitsgerichten mit Erfolg beendet worden. Zur Erledigung aller dieser Aufgaben seien eine große Anzahl Werbe-, Agitations- und Mitglieder- versammlungen, Bildungsveranstaltungen und sonstige Sitzungen und Zusammenkünfte mit den Kameraden notwendig gewesen. Besondere Aufmerksamkeit sei dabei auch dem Ausbau des Bau- und Platzdelegiertenwesens zugewendet worden. Anschließend gab Kamerad Keil den Kassenbericht, bei dem er hervorhob, daß zur Stärkung der Lokalkasse unbedingt dafür Sorge getragen werden müsse, daß jeder Kamerad seinen richtigen jahungsmäßigen Beitrag leistet. In der Diskussion, in der auch der Gauleiter, Kamerad Maul, das Wort ergriß, wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. In ihrem Schlußwort wiesen die beiden Referenten darauf hin, daß sich gerade in unserm Zahlstellengebiet die Organisation recht wirksam erwiesen habe und daher in verstärktem Maße an deren Auf- und Ausbau weiter gearbeitet werden müsse. Der Vorstand wurde nach einigen kleineren Zwischenfällen einstimmig wiedergewählt. Infolge der vorgerückten Zeit wurde das Referat des Gauleiters: „Grundfragen der Gewerkschaftspolitik“, von der Tagesordnung abgesetzt und der Vorstand beauftragt, für dieses Thema eine besondere Versammlung einzuberufen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde von einigen Kameraden die Sonderregelung der Arbeitslosenversicherung für die Bauarbeiter scharf verurteilt und die Organisationsleitung beauftragt, für deren Beseitigung zu wirken. Nachdem von den Kameraden Keil, Bollmann und Maul noch einige Aufklärungen gegeben und die gestellten Fragen beantwortet waren, schloß der Vorsitzende die von gutem Geiste getragene Versammlung.

Bochum. Am 20. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zunächst verlas der Vorsitzende die eingegangenen Schreiben und gab den Jahresbericht bekannt. In demselben schilderte er die geleistete Tätigkeit und Bestrebungen innerhalb unserer Zahlstelle und des Gesamtverbandes. Die Arbeitsmöglichkeit war in dem vergangenen Jahre gering. Im 2. Quartal steigerte sich dieselbe bis Mitte des 3. Quartals. Am Jahresfiskus hatten wir, was vielfach auf die schlechten Witterungsverhältnisse zurückzuführen ist, 80 % Erwerbslose. Eine Besserung der Konjunktur in unserm Zahlstellengebiet sei sehr minimal. Dann wurde Bericht gegeben von den im letzten Jahre geführten Lohnbewegungen und der Aussperrung in der Metallindustrie, wobei wir durch dieselben den größten Teil der auf den hiesigen Werken beschäftigten Zimmerern wieder in unsern Verband zugeführt haben. Es sei dies ein Beweis, daß die Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit seien, wenn die Arbeiterschaft nicht der brutalen Willkür der Unternehmer ausgesetzt sein wollten. Auch eine Aussperrung sei vielfach ein gutes Organisationsmittel. Unter anderem wurden auch die Bestrebungen der Unternehmer, eine Bauinunungskrankenkasse zu errichten, gestreift und darauf hingewiesen, daß sich die Kameraden in der Zimmererkrankenkasse versichern sollen, da dies das gerechteste und günstigste Versicherungsinstitut für uns sei. Bei dem Gewerkschaftskongress in Hamburg waren unsere Lehrlinge vertreten. Ferner wurde Bericht erstattet über die ungerechte Behandlungsweise der Bauarbeiter in der Erwerbslosenversicherung, wogegen sich auch unser Zentralvorstand zur Wehr gesetzt hat. In der Diskussion ging es über diesen Punkt erregt her, was man ja auch verstehen konnte und es wurden hierzu verschiedene Forderungen in Form einer Entschluß an den AOB durch unsern Zentralvorstand gestellt. Versammlungen fanden 11 und außerordentliche Delegiertenitzungen 9 statt. Vorträge fanden insgesamt 4, Festlichkeiten 3 statt (Maienfeier, Gewerkschaftsfest und Weihnachtsfeier). An der Maidemonstration nahmen 245 Kameraden teil. Unsere Organisation war prozentual am stärksten vertreten. Ein Beweis, daß wir eine strafforganisierte Mitgliedschaft in unserer Zahlstelle haben. Leider wurden verschiedene Kameraden von der Firma Held & Franke der Urlaub wegen Feiern des 1. Mai nicht gewährt, da dies eine Arbeitsunterbrechung sei, was das Arbeitsgericht auch bestätigte. Es ist deshalb Aufgabe unserer Organisation, den 1. Mai tariflich zu regeln. Auch an dem Gewerkschaftsfest nahmen die meisten Kameraden unserer Zahlstelle teil. Unsere alljährliche Weihnachtsfeier hatte einen glänzenden Verlauf. Ueber 400 Personen, Kameraden mit ihren Angehörigen, füllten den Saal. Es wurden dabei 200 Kinder beschenkt. Verschiedene Theaterstücke, Vorführungen vom Arbeiterkraftsportverein, Verlosungen und gemüthliches Beisammeln verschönerten die Feier. An Klagen am Arbeitsgericht hatten wir 49 zu verzeichnen, gewonnen wurden 34, verloren 8 und 7 wurden durch Vergleich erledigt. Sämtliche Klagen wurden von dem Kameraden Stenger vertreten. Auch wurde ein Innungs- ausschuß geschaffen, dem die Kameraden Sander und Ziehn angehören. Im Laufe des Jahres wurde hier eine Filiale der Arbeiterbank und eine Verkaufsstelle der Lindcar Fahrradwerke eröffnet, die sich sehr gut entwickelt haben. Hierzu gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal und legte eine Jahresaufstellung über Ein- und Ausgaben der Zentral- und Lokalorganisation gedruckt den Mitgliedern vor. Der Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Sämtliche bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. In der Wahl für den zweiten Vorsitzenden gab es eine kleine Veränderung. Als Jugendleiter wurde der Kamerad Zerib, für die Beschwerekommission die Kameraden Ziehn, Winter und Fink, als Fahndeputation die Kameraden Hahn, Krämer und Montowski gewählt. In Punkt „Verschiedenes“ gab es eine erregte Debatte über die Anträge zum Verbandstag. Da sich die Versammlung in diesem Punkte nicht einig wurde, und die Zeit weit vorgeschritten war, so mußte eine außerordentliche Versammlung angesetzt werden, in der die Anträge weiter diskutiert und die Wahl des Delegierten zum Verbandstag vorgenommen werden soll.

Braunschweig. Am 2. Februar fanden in Braunschweig und Wolfenbüttel Mitgliederversammlungen statt, in denen Kamerad Reppschläger über den „Reichstarif-

vertrag im Baugewerbe“ referierte. Der Referent behandelte ausführlich den jetzt geltenden Reichstarifvertrag und die darin enthaltenen Mängel. Unter allen Umständen müsse der neue Reichstarifvertrag den Forderungen der Kameraden Rechnung tragen. An Hand eines Jahresbuches der Unternehmer zeigte der Redner die Absicht der Scharfmacher zum Schluß verlangte der Redner, dafür zu sorgen, daß ein besserer Reichstarifvertrag zustande komme. In einem zweiten Referat, das ebenfalls von Kamerad Reppschläger gehalten wurde, behandelte er Fragen der Sonderregelung für berufsunfähige Arbeitslosigkeit. Der Referent erläuterte die Behandlung dieser Materie im Reichstag. Den Kameraden wurde gezeigt, wie dieses Ausnahmengesetz zustande gekommen ist. Die sehr stürmisch eingehende Diskussion ließ erkennen, daß die Zimmerer den schärfsten Kampf gegen diese Ausnahmebestimmung zu führen haben. Im Punkt Verschiedenes wurden die Beschlüsse des Ortskartells kritisiert. Der Vorsitzende macht noch bekannt, daß Anträge zum Verbandstag baldigst eingereicht werden sollen, damit der Vorstand in seiner nächsten Sitzung diese Anträge durchberaten kann. Eine weitere Funktionärstzung soll zu den Anträgen Stellung nehmen. Pflicht aller Kameraden sei es, in der nächsten Mitglieder- versammlung zu erscheinen.

Coburg. In der Versammlung am 22. Februar hielt Kamerad Sauter von der Gauleitung in Nürnberg, einen sehr lehrreichen Vortrag über „Die Jugendbewegung des Verbandes“. Kamerad Sauter behandelte Zweck und Ziel sowie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung und unseres Verbandes. Der Redner verstand es, den Anwesenden alle Einzelheiten in der Frage der Jugendbewegung klarzulegen. Für uns müsse die Lösung Geltung haben: Der Jugend gehört die Zukunft. In allen Jugendabteilungen unseres Verbandes pulsiert eifriges Leben. Mit Lust und Liebe seien die Jungkameraden bei der Sache. Nach einer kurzen Aussprache über diesen Punkt wurde beantragt, die Gründung einer Jugendabteilung zu vollziehen. Als Jugendleiter wurde Kamerad Fischer gewählt. Die Frage der Frühjahrsagitation wurde im Anschluß hieran erörtert. Es wurde beschlossen, den Landbezirken größere Beachtung zu schenken. Da besonders in den Landgebieten die Möglichkeit bisher noch nicht bestanden hat, die Kameraden für den Verband zu gewinnen, soll demnächst ein weiterer Versuch gemacht werden. Bereits im vorigen Jahre sei es gelungen, zwei Bezirke zu errichten und die Kameraden reiflos zu organisieren. Einige Kameraden meldeten sich freiwillig, um die dort wohnenden unorganisierten Zimmerer aufzuspüren und für den Verband zu werben. Der Vorsitzende machte noch aufmerksam, daß am 2. März ein Lichtbildervortrag stattfindet. Die Kameraden müssen sich an dieser Veranstaltung reiflos beteiligen. Nachdem noch die Broschüre zur Unfallversicherung ausgegeben war, konnte die gutbesuchte Versammlung geschlossen werden.

Darmstadt. Am 14. Februar tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung. Der Besuch der Versammlung war gut; es fehlten nur die Vertreter aus zwei Bezirken. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende, Kamerad Weber, gab Kenntnis von den Ehrenmitgliedern, die durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde demnächst geehrt werden sollen. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende Kenntnis von den Veranstaltungen, die im Rahmen der Reichsunfallverhütungswoche stattfinden. Im Punkte Zahlstellenangelegenheit wurde angeführt, daß der Vorsitzende im Geschäftsjahr an 83 Veranstaltungen die Interessen der Zimmerer wahrgenommen habe. Die Mitgliederzahl sei von 278 auf 289 einschließlich 41 Lehrlingen gestiegen. Ein ausführlicher Bericht wurde über die Jugendbewegung erstattet. Im Anschluß hieran gab der Kassierer den Kassenbericht, wobei mit Genugtuung festgestellt wurde, daß die Lokalkasse wieder ein Vermögen von 703 M besitzt. Die Versammlung begrüßte die kassengeschäftliche Entwicklung und auf Antrag wurde dem Gesamtvorstand sowie dem Kassierer Entlastung erteilt. In der Diskussion äußerten sich die Kameraden zum Vorstandsbericht und zur Lage auf dem Baumarkt. Es wurde betont, daß die Erträge der Hauszinssteuer reiflos für den Wohnungsbau Verwendung finden müssen. Während in Hessen nur 11 % dieser Steuer für Bauzwecke Verwendung finden, seien es in Preußen rund 25 %. Gegen die Maßnahme der heftigen Regierung müsse protestiert werden. Hierauf wurde die Wahl des Vorstandes und der Schlichtungskommission vorgenommen. Der Kassierer dankte für eine Wiederwahl. Mit Ausnahme des Kassierers wurde der Vorstand wiedergewählt. Der Generalversammlung lag ein Antrag vor, wonach in den Bezirken von Zeit zu Zeit Kontrollen in kassengeschäftlicher Beziehung vorgenommen werden sollen. Eine entsprechende Kommission wurde gewählt. Ein Antrag, die Zahlstellenversammlungen in jedem Jahre in einem andern Bezirk abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Die nächste Versammlung würde gehen werden. Das 30. Stiftungsfest der Zahlstellen Groß-Zimmern, Semb, Bensheim, Reinheim und Rimbach im Odenwald soll nähergetreten werden. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission gewählt, die in Gemeinschaft mit dem Gauleiter die erforderlichen Arbeiten leisten soll. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Großmann gewählt. Die Einführung der Invalidenunterstützung im Verbandsverband wurde begrüßt. Der Vorsitzende sprach hierauf über „Die Aufgaben der Bau- und Platzdelegierten“. Diesen Fragen müsse die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. In Bezirksversammlungen soll auf die Wichtigkeit dieser Angelegenheit näher eingegangen werden. Das 30jährige Stiftungsfest der Zahlstelle gab Anlaß zu einer lebhaften Aussprache. Man einigte sich, die Veranstaltung in Pfungstadt abzuhalten. Der Termin der Veranstaltung soll noch festgelegt werden. Es wurde vorgeschlagen, das Zahlstellenjubiläum in entsprechender Weise zu feiern. Jeder Bezirk habe die Pflicht, einen Teil der Mitglieder für die Feststellung der nötigen Arbeiten nach Pfungstadt zu delegieren. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten konnte die Versammlung geschlossen werden.

(Fortsetzung der Berichte Seite 90.)

UNTERHALTUNG WISSEN



Vom mittelalterlichen Zimmererhandwerk der Stadt Nürnberg.

Von Alexander Knoll.

In den verschiedensten Baumeisterbüchern der Stadt Nürnberg, deren erstes und bekanntestes von dem Baumeister Tucher aus dem Ende des 15. Jahrhunderts stammt, findet sich zum Teil sehr aufschlußreiches Material über die soziale Lage der städtischen Angestellten und Arbeiter. Es sei hierzu bemerkt, daß im Mittelalter die städtischen Eigenbetriebe im Verhältnis zahlreicher und umfangreicher gewesen sind, als das heute der Fall ist. Eine Aenderung darin ist in und mit dem Dreißigjährigen Krieg eingetreten, der einerseits eine ungeheure Verarmung der Städte und zum andern eine außerordentliche Erstarkung des Landesfürstentums im Gefolge hatte, das mit dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen gründlich aufräumte. Die Stadtverwaltungen waren nur noch die Steuereinnahmer, während über die Ausgaben ganz allein der Landesherr oder die von ihm dafür eingesetzten Organe zu bestimmen hatten. Es ist keine Uebertreibung, wenn wir sagen, daß die Stadtverwaltung in Memel keinen Laternenpfahl für einen halben Taler sehen lassen konnte, wenn nicht die königliche Kammer in Berlin ihre Genehmigung „Namens Seiner Allerhöchsten Majestät des Königs“ erteilt hatte! Unter solchen Umständen konnten natürlich die Stadtverwaltungen keine Eigenbetriebe mehr aufrecht halten. Sinju kam die allmähliche Erstarkung des kapitalistischen Gedankens, das Herüberdringen liberaler Wirtschaftsanschauungen aus dem Mutterlande des Manchestertums, England, die gleichfalls dem System der kommunalen Eigenwirtschaft das Grab schaufeln halfen.

Zur Zeit der Wende des 15. Jahrhunderts stand in Nürnberg der kommunale Eigenbetrieb jedenfalls noch in voller Blüte, sozusagen auf dem Höhepunkt. Das ersehen wir aus den Rechnungsbüchern des Stadtbaumeisters Michel Beheim VII., aus denen Carl L. Sachs in den „Mitteilungen aus dem Germanischen Nationalmuseum“, Jahrgang 1914/15, uns überaus aufschlußreiche Auszüge gibt. Die Rechnungsbücher behandeln die Zeit von 1503 bis 1511. Um diese Zeit beschäftigte die Stadt Nürnberg im Eigenbetrieb einen Zimmermeister, Jörg Stadelmann, und je nachdem 8 bis 33 Zimmergesellen. Im Durchschnitt der einzelnen Jahre waren beschäftigt: 28, 33, 23, 17, 29, 33 Gesellen.

Der Meister Jörg Stadelmann, neben dem Steinmetzmeister der wichtigste Werkmeister bezog wie dieser zunächst einen festen Sold von 8 Pfund, 12 Pfennig je Woche (1 Pfund = 30 Pfennig = 60 Heller.) Nach einem zeitgenössischen Bericht ist der Zimmermeister „seiner Arbeit halber berühmt gewesen“. Er hat an den verschiedensten städtischen Bauten mitgewirkt und hat unter andern auch die hölzernen Turmhelme der St. Lorenzkirche errichtet, von denen einer im Jahre 1865 einer Brande zum Opfer fiel. Auch am Bau der Frauenkirche hat er mitgewirkt.

Es gab für die städtischen Handwerksgefallen zwei Lohnklassen; die Zimmergesellen standen in der höheren Lohnklasse. Es gab den „großen Sommerlohn“, 30 Pfennig je Tag, in der Zeit vom 21. Mai bis 3. September; von da bis St. Gallen den „kleinen Sommerlohn“, 22 Pfennig und von St. Gallen bis Petri Stuhlfeier 18 Pfennig je Tag. Umgekehrt von Petri Stuhlfeier bis 21. April kleinen Sommerlohn und danach den großen Sommerlohn. Der Tagelohn der übrigen Handwerksgefallen, mit Ausnahme der Maurer, betrug 2 Pfennig weniger. Neben diesem Wochenlohn gab es noch jede Woche 2 Pfennig Badegeld. Gelegentlich gab es auch Altkordarbeiten („im Förding“), bei denen sich der Verdienst etwas höher stellte. In der Hauptsache aber scheint man die größeren Arbeiten, bei denen die Berechnung „im Förding“ sich lohnte, den Privatmeistern überlassen zu haben, deren mehrere mit ihren „Kotten“ (6 Gesellen) namhaft gemacht wurden. An einzelnen Beispielen wird festgestellt, daß dabei gelegentlich nahezu doppelt so hohe Verdienste erzielt wurden wie im Zeitlohn. Auch Arbeit im Wasser wurde höher bezahlt und zwar mit 42 Pfennig je Tag. Für den einzelnen Pfahl zu schlagen (zu rammen?) im Dufendteich wurde 6 Pfennig gezahlt, für „lange Hölzer“ 14 Pfennig. Für eine andere Art Pfähle zu schlagen gab es je Stück 10 Pfennig. Ein Dachfenster auf dem Kornhaufe herzustellen, kostete 50 Pfennig. Arbeit am St. Johannistage, ebenso Nacharbeit, wurde höher bezahlt. Gelegentlich, wenn keine Gesellen beschäftigt wurden, hat auch der Meister im Stücklohn gearbeitet und hat damit noch ebenso viel verdient, wie sein fester Lohn („Sold“) ausmachte. So erhielt er allein bei einer Arbeit an der Poetenschule 252 Pfund ausgezahlt, das heißt, mehr als die Hälfte seines festen Gehaltes.

Neben seinem Wochenlohn von 8 Pfund 12 Pfennig erhielt der Meister an jedem Quatember („Kotemper“) weitere 50 Pfund, zusammen also 200 Pfund im Jahre. Einige Male sind auch drei Zimmergesellen aus Landshut aufgeführt, die jeder 8 Pfund zu den Quatembem erhalten. Bei Arbeiten außerhalb der Stadt erhielten die Gesellen neben ihrem Lohn volle Verpflegung. Deren Wert wurde mit 15 Pfennig je Tag angegeben. Gelegentlich, obwohl das offiziell schon früher abgeschafft worden war, gab es auch bei Arbeiten in der Stadt Käse, Brot, Bier oder Trinkgeld, damit „die arbeit dexter boff von stat möcht geen“. Zwei Zimmergesellen, „die der kerzen gewart“ hatten, erhielten am Donnerstag nach Kreuzfindung 1503 1 Pfund 18 Pfennig. Beim Abbruch des Kleinodiengeräufes erhielt ein Zimmermeister aus Sachsen mit seinen Gesellen 1 Pfund Trinkgeld. Ueberhaupt waren gelegentliche Sonderzuwendungen für besondere Arbeiten nicht ganz selten. Anfänglich erhielten die Gesellen auch noch

das sogenannte „Oswald“- und „Petersgeld“. Später wurde das abgeschafft. Es betrug insgesamt 8 Pfund. Am Johannistage erhielten die Gesellen, die sich eines besonders guten Ansehens erfreuten, „ein Viertel Metz und zwei Pfennigselmeln“. Ebenso wurden am Martinsstage Gänse verteilt, jedoch auch nicht an alle. Zu Weihnachten jedoch erhielten alle ein sorgfältig und schmackhaft zubereitetes Gericht Fische.

Jeden Sonntag wurde bei dem Stadtbaumeister Michel Beheim das Wochenprogramm mit den Werkmeistern besprochen, wobei es nicht an einem guten Trunk und sonstigem Zubehör fehlte.

Ferner gab es alljährlich und zwar für Meister und Gesellen das sogenannte „Behorsamsgeld“ und zwar an dem Tage, an dem alle ihren der Stadt geschworenen Diensteid erneuern mußten. Wahrscheinlich ist der Tag als Feiertag begangen worden und war somit das Behorsamsgeld das Entgelt für den entgangenen Tagesverdienst. Für die Zimmergesellen betrug dieses Geld je 20 Pfennig. Der Tag der Eidesleistung fiel in den Dezember, also in eine Zeit, in der die Arbeit der städtischen Bauhandwerker vielfach ruhte.

Alles in allem genommen beliefen sich die jährlichen Einnahmen des städtischen Zimmermeisters auf 19 908 Pfg. oder, in Silber umgerechnet, auf 2110 Gramm Silber. Aus einem beigefügten Vergleich mit dem Jahre 1464 ergibt sich, daß seit dieser Zeit das Jahreseinkommen um 6950 Pfennige oder um 166 Gramm Silber gestiegen war. Das Jahreseinkommen der Zimmergesellen wird auf 7024 Pfennige oder 744,5 Gramm Silber angegeben; die Steigerung seit 1464 betrug hier 1969 Pfennige, in Silber umgerechnet ein Rückgang um 13,5 Gramm Silber. Am schlechtesten standen sich die Handlanger, deren Jahreseinkommen auf 4270 Pfennige oder 452,6 Gramm Silber angegeben wird, während es 1464 2780 Pfennige oder 417 Gramm Silber betrug. Relativ war es also mehr gestiegen als das der Zimmergesellen, absolut aber stand es erheblich darunter; die Lebenshaltung der Hilfsarbeiter ist also eine sehr kärgliche gewesen, was sich auch aus der nachstehenden Kaufkraftberechnung ergibt. Ein Handlanger konnte kaufen für seinen Jahreslohn:

Im Jahre 1503: 5 bis 6 Säumer* Brotkorn oder 950 Kilo Rindfleisch oder 11,6 Eimer** Wein;
 im Jahre 1504: 6 bis 8 Säumer Brotkorn oder 950 Kilo Rindfleisch oder 8,3 Eimer Wein;
 im Jahre 1510: 12 bis 14 Säumer Brotkorn oder 1068 Kilo Rindfleisch oder 9,5 Maß Wein oder 33,3 Eimer Bier.

Da die Handlanger nur rund 60 Prozent des Jahreseinkommens eines Zimmergesellen hatten, so konnten sich die letzteren zweifellos eine erheblich bessere Lebenshaltung leisten. Kräfte, die von ihrer Arbeit reich geworden wären, dürfte es auch unter ihnen nicht gegeben haben, soweit sie nicht später eine auskömmliche Meisterstelle erlangten, was damals allerdings noch nicht so schwierig war wie heute.

Lehrlinge gab es (im städtischen Betriebe) gelegentlich nur einen, in der meisten Zeit überhaupt keinen: Die Lehrlingsausbildung scheint man ganz den Privatmeistern überlassen zu haben. Der Tagelohn des Lehrlings betrug 28 beziehungsweise 20 beziehungsweise 18 Pfennige, war also wenig niedriger als der der Gesellen.

Werfen wir noch einen Blick auf die soziale Lage im allgemeinen, so ergibt sich aus dem der Abhandlung beigefügten, äußerst wertvollen Material, daß es auch in dieser, uns so fernliegenden Zeit, an Erschütterungen und Schwankungen nicht gefehlt hat. Nur daß sich die damaligen Kameraden insofern in einer besseren Lage als wir befinden, als sie in einer Zeit sinkender Preise lebten. Bei uns ist es bekanntlich umgekehrt. Nach den von Sander errechneten Indexzahlen, betragen dieselben, das Jahr 1510 zugrunde gelegt 1503: 158; 1504: 152; 1505: 131; 1506: 102; 1507: 106; 1508: 105; 1509: 107; 1510: 100.

Das ist fast ganz genau die umgekehrte Entwicklung, die bei uns die Indexziffer seit 1914 genommen hat.

Deshalb wollen wir uns aber nicht ins Mittelalter zurücknehmen, sondern, gestützt auf die Macht unserer Organisation, uns eine Lebenshaltung erkämpfen, die es wert ist, daß wir unsere Kräfte für sie einsetzen.

* 1 Säumer = 318 Liter. ** 1 Eimer = 64 Maß.

Auf der Landstraße.

„Hui“ pfeift der Wind auf der in Schnee und Eis erstarrten Landstraße dahin. Viel Widerstand findet er nicht, die entlaubten Bäume stehen da, als hätten sie die Schultern eingezogen. Ein kleines Gehölz links und rechts der Straße bietet wohl für einen Augenblick Schutz, aber kommt man heraus, packt es einem um so schlimmer. Dieses mußten die beiden einsamen Wanderer auch empfinden, die eben wieder in das Freie hinausstraten. Unwillkürlich blieben beide stehen, dann aber erkönt es wieder „tack, tack“. Dieses Geräusch wird von zwei gedrehten Stöcken erzeugt, die im Gleichtakt auf die Erde stoßen. Die beiden Wanderer müssen wohl einer gleichen Junft angehören, denn Stock, Bündel und ein langer, schwarzer Schlips im Hemdausschnitt sind gleich. Nur trägt der Größere weiße Hosen mit langen Schafstiefeln, der kleinere dagegen alles schwarz. Die Kopfbedeckung des Großen ist ein Zylinder, der geschwungen auf einem Ohr sitzt, bei dem Kleinen ein Schlapphut, den der Wind auf und nieder drückt. Es sind ein paar Handwerksgefallen, ein Maurer und ein Zimmermann. Sie haben sich vor längerer Zeit getroffen, und da sie denselben Weg haben, so wandern sie zusammen. Der Größere ist ein breitschultriger Geselle, ein derber Hofsteiner, mit ein paar Händen, die Respekt

einflößen. Wichtig wird von ihm der Stock aufgestoßen. Sein Begleiter gerade das Gegenteil, klein und zierlich, mit einem richtigen Kindergeischt. Er hat sich seinem älteren Kameraden, der schon manchen Weg auf der Landstraße zurückgelegt, angeschlossen. Vor 8 Wochen noch Lehrling in einer Stadt im Rheinland, hat er nach Beendigung der Lehrzeit sich bei dem Schacht der fremden Zimmerer einschreiben lassen. Jetzt macht er mit dem fremden Maurer seine erste Walze durch. Sein Stock wird nicht so fest aufgesetzt wie von seinem Begleiter, es klingt noch schwächern. „Tack, tack“, schwer und wichtig von dem Maurer, „tack, tack“, schwächer von dem kleinen Zimmermann. Gesprochen wird nicht viel, der schneidende Wind hat Gesicht und Hände blaurot anlaufen lassen. Vor den beiden Wanderern tauchen nach und nach Gebäude auf. Anscheinend ein Dorf, mit einem größeren Gut davor. Zwei kleine Kinder schreiten Hand in Hand vor ihnen her, wohl ihr Schulgang. Ein Knecht fährt mit einem Wagen aus dem Gutshof; wie er den Zylindermann mit seinem Begleiter erblickt, geht ein Schmunzeln über sein Gesicht. Im scharfen Trab fährt er dem Dorfe zu, die beiden Kinder dabei von der breiten Straße drängend. Die beiden haben die Kinder eingeholt, über deren Gesicht ein Staunen geht, als sie Zylinder und Schlapphut so einträchtig daher kommen sahen. Plötzlich hört man auf dem Gutshofe ein lautes Schimpfen, denen Gekreisch von Frauenstimmen folgt. Im nächsten Augenblick stürzt aus dem Tor des Gutshofes ein gewaltiger Bulle, geradezu auf unsere Kinder und Wanderer. Mochte das Tier sonst wohl harmlos sein, jetzt ließen die bössartig funkelnden Augen auf nichts Gutes schließen. Die roten Taschentücher, die die Bündel umschließen, mögen seinen Jörn noch mehr erregen. Laut aufschreiend stürzten die Kinder hinter die beiden Handwerker. Das gleichmäßige „tack, tack“ der Stöcke hört ebenfalls auf, einen Augenblick betrachten sich Mensch und Tier, dann senkt der Bulle den Kopf und geht auf den zunächststehenden Maurer los. Dieser hat seinen Knotenstock erhoben, ein scharfes Säusen, dann sieht man plötzlich in der Luft einen Zylinder rumfliegen. Der dazugehörige Körper fliegt im Bogen zur Seite. Der rasende Bulle hat ihn zwar nur gestreift, aber immer noch genug, daß er sich mehrere Male überschlägt. Während fällt das Tier über das Bündel her, auch der Zylinder wird zusammengeknallt. Der Maurer hat sich wieder aufgerappelt, als das Tier aber eine Bewegung nach ihm ausführt, seht er mit ein paar gewaltigen Sprüngen über den Straßengraben. Jetzt wendet sich der Bulle seinem Begleiter zu, hinter dem die beiden Kinder sich versteckt haben. Sein Kamerad ruft ihm etwas zu, aber unbekümmert bleibt er stehen. Beide Hände auf den Knotenstock gestützt, so schaut er den drei Schritt vor ihm stehenden Bullen in die Augen. Und diese Augen von dem Kleinen, merkwürdig, wie sie im Gesicht stehen. Das Gesicht, das vorhin blaurot vom Frost war, ist schneeweiß geworden. Und darin diese Augen, sie geben dem Menschen ein ganz anderes Aussehen. Während senkt der Bulle den Kopf, es sieht aus, als ob er den Kleinen auf die Hörner nehmen will. Aber fest und unerschütterlich steht er da, nur seine Augen haben sich fest in die des Tieres eingebraunt. Sie glühen von innen heraus, als ob innen ein Feuer geschürt würde. Und merkwürdig, das große Tier wendet den Kopf ab, um den Augen zu entgehen. Aber unerbittlich dringen diese weiter auf ihn ein; ja unbegreiflich, der Kleine geht jetzt noch auf den Bullen los. Und jetzt das Wunder, das Tier geht rückwärts Schritt für Schritt zurück, wendet sich kurz um und läuft wieder durch das Tor auf den Hof. Der Maurer hat das alles mit offenem Munde angesehen, jetzt kommt er wieder auf die Straße zurück und sammelt seine mißbandelten Sachen ein. Auch eine Frau kommt gelaufen und nimmt die beiden Kinder eilig mit sich fort. Auf dem Hofe ist es wieder ruhig geworden, anscheinend ist das Tier wieder im Stalle. Der Maurer hat seinen Zylinder wieder aufgesetzt. Leider hat er aber in Form und Farbe eingebüßt. Dann erkönt es wieder „tack, tack“ und die beiden Kameraden setzen ihre Reise fort. Nur scheint es jetzt umgekehrt; der Kleine seht seine Stock fest und sicher auf, während der Große es nur zögernd tut. Bald ist das Dorf im Rücken, die Landstraße dehnt sich wieder vor ihren Blicken, auf der der Wind sein altes „Hui“ erkönen läßt. F. M., Hannover.

Die Arbeit in Mittel- und Großbetrieben.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben (über 50 Arbeiter) wesentlich größer als die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Mittelbetrieben (4 bis 49 Arbeiter). In Mittelbetrieben wurden an männlichen Arbeitern 1 708 237 gezählt gegen 4 466 281 in Großbetrieben, und das Verhältnis der weiblichen Arbeiter ist 493 096 und 1 428 918. Bei den männlichen Angestellten sind die Zahlen 421 917 und 751 173 und bei den weiblichen Angestellten 292 488 und 309 328. Deutlich kommt in diesen Zahlen die Konzentrationsbewegung der Wirtschaft und des Kapitals zum Ausdruck.

Anders ist das Verhältnis nur bei den Jugendlichen. Hier sind die Zahlen zum Teil sogar umgekehrt, indem die männlichen wie weiblichen Angestellten in den Mittelbetrieben zahlreicher als in den Großbetrieben vorhanden sind. Bei männlichen Jugendlichen Arbeitern sind die Zahlen ungefähr gleich. Bei weiblichen Jugendlichen Arbeitern ist die Zahl in den Großbetrieben doppelt so hoch als in den Mittelbetrieben.

Seit sieben Monaten bin ich nun endlich von diesem Eckel von Mann von Tisch und Bett geschieden — und was ist nu? — — Nu pennst er uf's Sofa und frißt von de Kommode!

Gelsenkirchen-Buer. Unsere erste Jahresgeneralversammlung in der neuen Zahlstelle Gelsenkirchen-Buer fand am 20. Januar statt. Kamerad Karas gab einen anschaulichen Bericht über die wichtigsten Vorkommnisse im letzten Jahr. Er führte aus, daß die Arbeitsmöglichkeit im Zahlstellengebiet eigentlich keinen großen Schwankungen unterworfen war, nur mit Ausnahme des 3. Quartals, wo eine gute Konjunktur zu verzeichnen war. Die leichte Besserung war lediglich auf die Ausführung großer Geschäftsbau- und Industriebauten zurückzuführen. Auch der Wohnungsbau wurde in dieser Zeit besonders durch einige Gemeinnützige Baugesellschaften gefördert. Wenn nicht ausnahmsweise der seltenen strengen Winter einsetzte, könnte hier in diesem Gebiet von einer berufstätigen Arbeitslosigkeit im Winter nicht gesprochen werden, denn durchschnittlich hatten wir im ganzen Jahr ungefähr 20 % Erwerbslose. Hier muß nun leider festgestellt werden, daß nur ein bestimmter Kreis unserer Mitglieder davon betroffen wird, die mit kurzen Unterbrechungen fast immer erwerbslos sind. Dieser Uebelstand wurde herbeigeführt durch das Zureisen von Unorganisierten aus allen Ecken Deutschlands, das beweist auch die hohe Zahl der 136 Neuaufnahmen. Diese Mitglieder reisen dann in der Regel ab, ohne sich abzumelden. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, muß unser ganzer Einfluß auf die öffentlichen Arbeitsämter gelegt werden, damit die Unternehmer verpflichtet werden, ihre benötigten Arbeitskräfte von dort zu beziehen. Solange dies nicht der Fall ist, müssen wir uns selbst helfen, indem auf allen Arbeitsstellen die Delegierten mehr wie bisher sich auf Grund des Reichsarbeitsvertrages einen Einfluß verschaffen müssen. Obwohl im letzten halben Jahr fast auf allen Baustellen Bau- und Platzdelegierte fungierten, so wurde von dem Recht eines Delegierten wenig Gebrauch gemacht, sogar die Verbandsarbeit, wie Bücherkontrolle und statistische Erhebungen wurden von einigen Kameraden geradezu sabotiert. Zum Nutzen aller Kameraden muß dies in Zukunft anders werden. In Tarif- und Lohnpolitik wurde die Lohnerhöhung im April und September zusammen auf 9 % und die Entscheidung des Schlichters vom 24. Juli über Zuschläge für Mehrarbeit erwähnt. Die Lebenshaltungskosten haben allerdings nicht gleichen Schritt mit der Lohnerhöhung gehalten und deshalb muß es unsere wichtigste Aufgabe auch in diesem Jahre sein, in der Aktivität nicht zu erlahmen. In den 4 Arbeitsgerichtsbezirken wurden 6 Klagen durchgeführt, die bis auf eine gewonnen wurden. Bei den Schlichtungskommissionen sind 11 Streitfälle anhängig gemacht worden und durch persönliches Verhandeln mit den Unternehmern wurden in 4 Fällen die Ansprüche der Kameraden befriedigt. Der durch diese Tätigkeit des freigestellten Kameraden vom Juli bis Dezember erzielte Betrag ist bei den Arbeitsgerichten 293,68 M und bei den Schlichtungskommissionen 98,53 M. Nach einem kurzen Arbeitsbericht erwähnte Kamerad Karas zu den wichtigsten lokalen Angelegenheiten unser 25jähriges Stiftungsfest am 1. Juli und die Anschaffung der Fahne, das 25jährige Jubiläum unseres ersten Vorsitzenden und Gründers der Zahlstelle, Kamerad Carl Steins, der auch als Delegierter zum Verbandstag nach Kiel gewählt ist. Durch die Eingemeindung wurde auch die Verschmelzung der beiden Zahlstellen Buer und Gelsenkirchen notwendig. Um die vermehrte Arbeit zu erledigen, mußte ein Bureau eingerichtet werden, denn in den Wohnungen der Funktionäre konnte die Arbeit nicht mehr bewältigt werden. Der Versammlungsbefuch war nicht immer zufriedenstellend, nur einige Bezirke machten hier Ausnahmen. Nachdem dieser Bericht ohne Kritik hingenommen wurde, gab Kamerad Steins an Stelle des Kassierers, der wegen seiner Veruntreuung von über 1000 M seines Postens entbunden war, den Kassenbericht. Mit Recht lösten diese Ausführungen bei den Delegierten eine scharfe aber gerechte Diskussion aus und es wurden Maßnahmen beschlossen, daß in Zukunft derartige nicht mehr vorkommen soll. Anschließend gab Kamerad Harms als Jugendleiter seinen Bericht. Es war daraus zu entnehmen, daß es trotz der örtlichen und räumlichen Verhältnisse gut vorwärts geht. Für die zähe und aufopferungsvolle Arbeit ist dem Jugendleiter besonders gedankt worden. Die Neuwahl der Zahlstellenleitung ist nach den Vorschlägen der letzten Vorstandssitzung einstimmig getätigt worden. Die Entschädigungsätze der Funktionäre blieben mit einigen Ausnahmen bestehen. Zur lokalen Sterbeunterstützung wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der besagt, daß auch die Lehrlinge und erwerbslose Mitglieder nach jedem Sterbefall 50 % zu entrichten haben. Des Weiteren ist beschlossen worden, daß die Jungkameraden anlässlich ihrer bestandenen Gefellenprüfung das Lokalgeldchen in der bisherigen Form nur nach Entrichtung von mindestens 60 Wochenbeiträgen erhalten. Ein Zuschuß für Empfänger der Sonderfürsorge wurde abgelehnt. Nach vierstündiger Dauer wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Kassel. Die Generalversammlung fand am 27. Januar statt. Der Geschäftsbericht lag den Delegierten gedruckt vor. Kamerad Siebert erläuterte den Jahresbericht und hob hervor, daß es auch künftig möglich sein müsse, den Verband durch gute Zusammenarbeit zu fördern. Ausführlich behandelte der Redner die Arbeitsmöglichkeiten in den einzelnen Bezirken und gab einen Ueberblick über die Agitation im Zahlstellengebiet. Insgesamt wurden neun neue Bezirke gegründet und 227 Mitglieder dem Verbande zugeführt. Auch die Bildungsarbeit sei nicht vernachlässigt worden. In einer Reihe von Vorträgen sei besonders auf das Tarifrecht hingewiesen worden. Die Agitation habe vielfach in den Landgebieben Schwierigkeiten bereitet. Wenn jeder Kamerad seine Pflicht erfüllt und mithilft an der Ausbreitung des Verbandes, müsse es vorwärts gehen. Die Lohnerhöhung habe 9 % betragen. In zwei Fällen mußte gestreikt werden, um unsere Forderungen durchzusetzen. Die Lohnkämpfe konnten mit Erfolg beendet werden. Die Tätigkeit des Vorstandes habe sich nicht nur auf Agitation und Lohnbewegungen erstreckt, sondern auch in einer Reihe von andern Fällen notwendig gemacht. 146 Termine der verschiedensten Art mußten an den Arbeitsgerichten wahrgenommen werden. Im Anschluß an die Ausführungen des Kameraden Siebert gab der Sektionsleiter der Poliere einen Ueberblick über die Arbeit der Poliersektionen. Dieser Bericht, sowie der Bericht über die Tätigkeit der Jugendabteilungen, der im Anschluß hieran erstattet wurde, zeigte, daß es vorwärts geht. Der Kassierer gab hierauf

den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß die Einnahmen und Ausgaben beträchtlich gestiegen sind. Der Lokalkassenbestand betrage 3740 M. Die Diskussion war sehr reger. Im allgemeinen waren die Kameraden von der Entwicklung befriedigt. Ein Antrag auf Entlastung des Vorstandes und des Kassierers fanden einstimmig Annahme. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Siebert gewählt. Herbe Kritik wurde der Arbeitslosenversicherung und an der Sonderunterstützung geübt. Es müsse alles daran gesetzt werden, dieses Gesetz im Sinne unserer Forderungen zu gestalten. Mit einer Mahnung an die Kameraden, alles einzusetzen, damit der letzte Zimmerer im Zahlstellengebiet organisiert werde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Lauban i. Schl. Unsere Generalversammlung fand am 27. Januar im Volkshaus statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal zur Kenntnis. Die Redatoren hatten Bücher und Belege geprüft und beantragten Entlastung des Kassierers, die einstimmig erteilt wurde. Hierauf wurde der Bericht vom Ortsausschuß erstattet. Die geplante Erhöhung der Beiträge rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Der Punkt Neuwahl des Vorstandes fand durch die Wiederwahl der seitherigen Funktionäre seinen Abschluß. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Jugendgruppe Görlitz einen Pfingstauszug nach dem Hargebirge plane, daran sollten sich unsere Jungkameraden beteiligen. Es wurde beschlossen, den Jungkameraden zu empfehlen, sich umgehend beim Vorsitzenden zu melden. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — Am 21. Februar fand die regelmäßige Monatsversammlung statt. Da der Referent verhindert war, einen Vortrag zu halten, mußte dieser Punkt ausfallen. Der Delegierte zum Ortsausschuß gab bekannt, daß die Beiträge um 5 %, rückwirkend vom 1. Oktober 1928 an, erhöht worden sind. Die Versammlung nahm diesen Beschluß zur Kenntnis. Am Mittwoch, 27. Februar, soll die Stichwahl zwischen den Kandidaten zum Verbandstag in unserer Wahlabteilung stattfinden. Einige Kameraden der Firma Seipt erluchten um Aufnahme in den Verband. Dadurch ist es gelungen, auch wieder bei dieser Firma Fuß zu fassen. Von der im Protokoll festgesetzten Strafe wurde Abstand genommen. Das Stiftungsfest der Zahlstelle soll am 16. März stattfinden. Es wurde darauf hingewiesen, eifrige Propaganda für diese Veranstaltung in den Kreisen der Kameraden zu machen.

Muskau. Am 15. Februar fand unsere Versammlung statt, die eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hatte. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht bekannt. Der Gauleiter, Kamerad Köhler, erläuterte die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung sowie die Sonderunterstützung für Bauarbeiter. In ausführlicher Weise schilderte der Gauleiter die gesetzlichen Bestimmungen und ihre Anwendung. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt und erstattete den Kassenbericht über das Vermögen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen der Referenten zu. Im Anschluß hieran hielt der Gauleiter, Kamerad Köhler, einen lehrreichen Vortrag über „Wirtschaft und Handwerk“. In seinen Ausführungen schilderte der Redner die Entwicklung des Handels und des Handwerks von der Urzeit bis in die heutigen Tage. Auch dieser interessante Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Erfreulicherweise konnte in diesem Jahre ein Mitgliederzuwachs festgestellt werden. Der Vorsitzende erinnert noch an die Reichsunfallverhütungswache. Einem Kameraden, der durch Unfall nicht mehr in der Lage ist, seinen Beruf auszuüben, wurde eine einmalige Beihilfe von 25 M aus der Lokalkasse gestiftet.

Tilsit. Am 10. Februar hatten sich die Tilsiter Kameraden im Verbandslokal versammelt, um den Jahresbericht entgegenzunehmen. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Der Vorsitzende, Kamerad Herder, eröffnete mit kurzen Begrüßungsworten die Versammlung. Aus seinem Bericht über das vergangene Jahr war folgendes zu entnehmen: Durch unermüdete Werbearbeit ist es gelungen, auch auf dem flachen Lande die noch abseits stehenden Kameraden unserm Verbande zuzuführen. Folgedessen habe sich der Mitgliederbestand von 202 auf 261 Kameraden erhöht. Der tarifliche Lohn betrug am Ende des Jahres 1,02 M. Viel Mühe hat es gekostet, die hiesigen Unternehmer an die Tarifverträge zu gewöhnen, denn um unsere Rechte zu wahren, war es nötig, 19 Klagen bei dem Arbeitsgericht anzustrengen. Alle Klagen wurden auch zugunsten unserer Kameraden entschieden. Zur allgemeinen Arbeitslage wäre zu sagen, daß sie gegenüber der Vorjahre wesentlich günstiger war. Es konnten auch eine Anzahl auswärtiger Kameraden hier Beschäftigung finden. Trostdem war es einigen älteren Kameraden nicht möglich, ihre Anwartschaft für die Erwerbslosenunterstützung zu erreichen. Anschließend wurde der Kassenbericht gegeben. Durch sparsames Wirtschaften sind wir in der Lage, einen recht guten Lokalkassenbestand nachzuweisen. Auf Antrag der Redatoren wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Daß der Vorstand zum Wohle der Zahlstelle und der Kameraden gearbeitet hat, wurde durch die Wiederwahl bewiesen. Unter Verbandsangelegenheiten kam unter anderem auch die Lehrlingsfrage zur Sprache. Es ist Tatsache, daß ein Innungskrauter mit einem Gesellen und 7 Lehrlingen arbeitet. Dieser Lehrlingszüchtere muß entschieden Einhalt geboten werden. Ferner sind auch die Lehrverträge der freien Bauinnung zu beachten. Es heißt hier: „In den Wintermonaten und bei schlechter Witterung kann der Lehrling Anspruch auf dauernde Beschäftigung und Löhnung nicht erheben.“ Es werden hierdurch die Jungkameraden in eine schlechte wirtschaftliche Lage versetzt. Zum Delegierten für den diesjährigen Verbandstag wurde Kamerad Schwedland gewählt.

Tostedt. In der Generalversammlung am 20. Januar referierte der Gauleiter, Kamerad Steffen, über das Thema: „Die Ereignisse des Jahres 1928“. In seinen Ausführungen betonte Kamerad Steffen, daß sich die Zahlstelle gut gehalten habe. Dennoch sei viel Arbeit zu verrichten, da in der Umgebung noch Unorganisierte seien. Im Jahre 1928 hatte die Zahlstelle einen Zugang von neun Mitgliedern zu verzeichnen. Da die Unternehmer ebenfalls unorganisiert seien, entstehen bei den örtlichen Verhandlungen größere Schwierigkeiten. Gegenwärtig sind fast alle Kameraden erwerbslos. Die Versammlung diskutierte

die Frage des Tariflohnes und beschloß, daß spätestens am 1. März der Tariflohn im Zahlstellengebiet gezahlt werden müsse. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß für die Zentralkasse 1486 M eingenommen wurden. Der Lokalkassenbestand hat sich erfreulich erhöht. Am Jahresluß verfügte die Zahlstelle über ein Vermögen von 313 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Delegiertenwahl zum Verbandstag wurde im Anschluß hieran vorgenommen. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß der Achtfundentag im ganzen Zahlstellengebiet durchgeführt wurde. Die Jugendabteilung konnte ebenfalls an dem Jugendtreffen in Hamburg teilnehmen. In einem Appell an die Kameraden, dem Verbands die größte Aufmerksamkeit zu widmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Tübingen. Am 27. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung im Vereinshaus Lustnau ab. Der Vorsitzende gab einen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag mußten in zwei Fällen erledigt werden. Am 18. März 1928 feierte die Zahlstelle ihr 20jähriges Bestehen. Unser verstorbener Gauleiter, Kamerad Schwenninger, Stuttgart, hielt damals die Festrede. Anschließend erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Das Vermögen der Lokalkasse hat sich erfreulicherweise gehoben. Auch in der Mitgliederbewegung zeigt sich ein Aufstieg. In der Zahlstelle sind rund 94 Kameraden organisiert. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nach der Wahl des Vorstandes hielt der stellvertretende Gauleiter, Kamerad Kempf, ein längeres, lehrreiches Referat über „Brauchen wir einen Reichsarbeitsvertrag“. Der Redner führte aus, daß es uns durch den Reichsarbeitsvertrag möglich sei, entschieden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Unternehmer seien im allgemeinen zwar für eine tarifliche Festlegung der Löhne, jedoch wollten sie von der tariflichen Regelung der Lehrlings- und Ferienfragen nichts wissen. Aber gerade an der Lehrlingsfrage dürfen wir nicht achtlos vorübergehen. Die Regelung dieser Frage durch den Reichsarbeitsvertrag sei dringend notwendig, um die Lehrlingszüchtere zu unterbinden und geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für Lehrlinge festzulegen. In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Redner die Wirkungen der Lehrlingszüchtere. Auch gegen das Ueberstundenwesen müsse entschieden Stellung genommen werden. Die seitherigen Verhandlungsergebnisse in der Frage des Neuabschlusses eines Reichsarbeitsvertrages zeigten, daß die Unternehmer bestrebt sind, den Ausfall der Winterarbeitszeit auf die Sommermonate zu verteilen. Diesen Bestrebungen müsse der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Am Schluß des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages erläuterte der Redner die jetzigen Rechte der Kameraden auf Grund des bestehenden Tarifvertrages. Nach Erledigung einiger schriftlicher Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung schließen.

Wilhelmshaven-Rüstringen. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten standen die Sonderbestimmungen für Saisonarbeiter zur Debatte. Es setzte hierüber eine lebhafteste Diskussion ein, in der zum Ausdruck kam, daß die Sonderbestimmungen eine schreiende Ungerechtigkeit wären. Alle Redner waren sich darüber einig, daß der Zentralvorstand alle Mittel anwenden müsse, diesen Eingriff abzuwehren. Hierauf nahm der Vorsitzende das Wort und erstattete den Jahresbericht. Das Baujahr 1927/28 stand zunächst unter einer wirtschaftlich schweren Depression. Es sei aber besser geworden, als man gedacht habe. Durch die Inanspruchnahme einiger kommunaler und fiskalischer Bauten wäre es fast jedem Kameraden möglich geworden, in Arbeit zu treten. Die Durchführung des Reichsarbeitsvertrages habe keine Schwierigkeiten bereitet, abgesehen von einigen Mängeln, die bei der Inanspruchnahme des Urlaubs zutage traten. Die Bezirkslohnverhandlungen hätten nicht das gebracht, was man erwartet habe. Um kurzfristige Lohnperioden zu bekommen, sei ein Schreiben an den Zentralvorstand gerichtet worden, aber auch dieser sei mit seinen Forderungen bei den Verhandlungen nicht durchgedrungen. Zur Wahrung der Geschäfte wären die erforderlichen Versammlungen und Sitzungen abgehalten worden. Vier Platzversammlungen hätten sich notwendig erwiesen, um einer Forderung in bezug auf Höhenzulage den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die inzwischen aufgenommenen Verhandlungen sind erfolgreich beendet. Eine Tarifamtssitzung, um einem Lehrling zu seinem Recht zu verhelfen, sei ebenfalls beantragt worden. Das Tarifamt hat dahingehend entschieden, daß dem Lehrling die im Tarif festgesetzten Löhne gezahlt werden müßten. Ueber die Höhe der beim hiesigen Arbeitsgericht eingeklagten Summe habe man sich mit dem Unternehmer geeinigt. Eine Bauarbeiterschutzkonferenz, die in Oldenburg tagte, habe für die entsandten Delegierten vieles Lehrreiche gebracht. Die Eingabe, die die Unternehmer an die Oldenburger Regierung zur Zulassung der neuständigen Arbeitszeit machten, wurde von dieser mit entsprechender Begründung abgelehnt. Um ein geeintes Vorgehen in der Wahl eines Delegierten zum Verbandstag zu erzielen, habe der hiesige Vorstand sich veranlaßt gesehen, eine Vorstandskonferenz nach Wittmund einzuberufen, die von den Zahlstellen Varel, Jever und Norden besucht war. Auf dieser habe man sich auf den vorgeschlagenen Kandidaten von Varel geeinigt, damit auch die kleinen Zahlstellen einmal einen Kandidaten zum Verbandstag entsenden könnten. Der Besuch der Delegiertensitzungen und Versammlungen lasse sehr zu wünschen übrig, daher habe auch der Vorstand die Zwangsmaßnahmen getroffen, die von der Generalversammlung genehmigt und einstimmig angenommen worden seien. In bezug auf den kommenden Reichsarbeitsvertrag erwarte die hiesige Zahlstelle Verbesserungen in jeder Hinsicht. Zum Schluß drückte der Vorsitzende seine Freude darüber aus, daß unser Verband in stetem Anwachsen begriffen sei; er mache es jedem Kameraden zur Pflicht, rege für den Verband zu agitieren und zu werden.

Winsen a. d. Luhe. In der Generalversammlung am 27. Januar gab der Kassierer zunächst die Abrechnung bekannt. Bei der Gelegenheit wurde festgestellt, daß in der Lokalkasse ein erhebliches Defizit vorhanden war. Der

frühere Kassierer hat sich verpflichtet, die Summe zurückzuerstatten. Zunächst soll abgewartet werden, ob der Schuldner seine Verpflichtungen erfüllt, bevor weitere Schritte unternommen werden. Die Entschädigung des jetzigen Zahlstellenkassierers wurde auf jährlich 100 M festgesetzt. Den Kartellbericht erstattete Kamerad Herr. Ausführlich berichtete der Referent über die Vorgänge im Ortsauschuss. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, daß Lokalgeschenke an reisende Kameraden ferner nicht mehr verabsolgt werden.

Zeulenroda. Die festgesetzte Jahreshauptversammlung am 28. Januar wurde durch den Vorsitzenden, Kameraden Kurt Stein, eröffnet. Nach Erledigung der Eingänge erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Hauptkasse schloß im 4. Quartal mit 990,25 M ab, so daß die Zahlstelle der Zentrale gegenüber schuldenfrei dasteht. Buchmäßig hat die Zahlstelle 91 Mitglieder aufzuweisen, davon 22 Lehrlinge. Für Zeulenroda ein gutes Zeichen, daß nur noch einer der Organisation fernsteht, der aber bereit ist, Ostern seinen Beitritt zu erklären. Zur Zeit stehen noch 28 Kameraden in Arbeit, davon 19 Lehrlinge. Die Zahlstelle hat unbefristet einen großen Ausschuss zu verzeichnen, wenn man die Zahl der Mitglieder vom 2. Quartal des Jahres 1926 mit 37 dem jetzigen Bestand gegenüberstellt. Dies ist ein Verdienst der unermüdeten Arbeit des Vorstandes und aller Kameraden, die sich für unsern Verband einsetzen. Bedauerlich ist, daß es bis jetzt noch nicht möglich war, für die Jungkameraden eine Jugendabteilung zu schaffen. Die zu diesem Zweck einberufenen Versammlungen waren sehr schlecht besucht. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft die Jungkameraden mehr Interesse am Verbandsleben zeigen. Ein erfreuliches Zeichen ist, daß außer den Jungkameraden auch die Gesellen sich in beruflicher Hinsicht weiterbilden durch die Zeitschrift „Der Jung-Zimmermann“. Es beziehen 13 ältere Kameraden erwähnte Fachschrift, die durch ihre vorzügliche Aufmachung unter Mitarbeit des Zimmermeisters Fritz Krenz Anerkennung findet. Das vom Zentralvorstand herausgegebene Werk „Wir zimmern neu die alte Welt“ kann allen Kameraden empfohlen werden. Zur Vorstandswahl übernahm Kamerad Johann Bloß den Vorsitz. Der Vorstand, der bisher nur aus 4 Mitgliedern und den beiden Revisoren bestand, wurde vollständig mit einigen Änderungen gewählt. Der Kassierer ermahnte die Kameraden, ihn im kommenden Jahre tatkräftig zu unterstützen, da er sehr viel Arbeit für die Zahlstelle zu leisten habe. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Fülle der Nachbarzahlstelle Greiz vorgeschlagen und gewählt. Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde ein Antrag gestellt betreffs Streichung und Wiederaufnahme von Mitgliedern im Verband. Der Antrag lautet: Kameraden, die durch eigenes und wissenschaftliches Verschulden gestrichen werden, haben bei Wiederaufnahme den sachungsgemäßen Eintritt von drei Wochenbeiträgen des derzeitigen Beitragsjahres und eine Buße von 15 M an die Lokalkasse zu leisten. Dieser einstimmig angenommene Antrag tritt mit dem 1. Februar 1929 in Kraft. Ein weiterer Antrag wurde einstimmig angenommen, der besagt, daß das Protokoll in der nächsten Versammlung nach Verlesung von zwei Kameraden eigenhändig beglaubigt werden muß. Zur Förderung der Geselligkeit unter den Zahlstellenkameraden soll in jedem Jahr ein Tanzvergügen abgehalten werden. Dieser Vorschlag wurde zur weiteren Bearbeitung dem Vorstand überwiesen. Der Kassierer machte darauf aufmerksam, daß im Frühjahr Bau- und Platzdelegierte zu wählen beziehungsweise zu ernennen sind. In Zukunft sollen Bücherkontrollen durchgeführt werden, um größere Rückstände zu verhüten. Auch soll es dem Kassierer möglich sein, bei Verlust eines Verbandsbuches die nötigen Schritte zu unternehmen. Die Versammlung war von 15 Gesellen und 2 Jungkameraden besucht. Der Vorsitzende wies nochmals darauf hin, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen. Alsdann wurde die Versammlung geschlossen.

Zittau. Am 2. Februar tagte unsere Zahlstellenversammlung in Zittau. Alle Delegierten aus den Bezirken waren vertreten. Auch der Gauleiter, Kamerad Köhler, war anwesend. Zunächst ehrte man die im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder: Kunze, Oswald und Renger, Gustav aus Bertsdorf, Pfeifer, Oswald aus Olbersdorf, und Dinel, Friedrich aus Reichenau. Dann wurde durch Kamerad Tannert der Jahres- und Kassenbericht vorgelesen. War die Bauaktivität 1927 allgemein betrachtet günstig, so ist das vom Jahre 1928 nicht zu berichten. Erst im späten Frühjahr setzte die Konjunktur einigermaßen ein. Doch hielt dieselbe nicht lange an. Wurde in einigen Orten des Zahlstellengebietes verhältnismäßig viel gebaut, so war das in den meisten Orten nicht der Fall. In der Stadt Zittau kam das Bauprogramm erst um die Mitte des Jahres in Erscheinung, doch war es nicht möglich, alle Kameraden in Arbeit zu bringen. Durch Vermittlung der Verbandsleitung konnten eine Anzahl Kameraden in benachbarten Zahlstellen, wie Neugersdorf und Dresden, untergebracht werden. Auch durch Verständigung mit dem Arbeitsamt war es möglich, gegen 30 Kameraden zu Notstandsbauteil nach Niederwartha bei Dresden zu bringen. Trotzdem blieb die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Monaten stark. Im Mai waren 17,5 %, im Juni 12 %, im Juli 10,5 %, im August 8 % und im September 14 % arbeitslos. Diese Zahl steigerte sich bis zum Dezember auf 51 %. Ein Teil der Mitglieder hat die 26 Wochen Anwartschaftszeit zur Arbeitslosenversicherung nicht erreicht. Mit dem Einsetzen der Bauaktivität im Frühjahr begann auch unsere Agitation wieder. Die Zahl der uns noch fernstehenden Zimmerer im Zahlstellengebiet ist nicht erheblich, um so mehr sind die Betreffenden hartnäckig. Egoismus und Besserwissen sind die Ursachen. Der Erfolg unserer Werbetätigkeit ist als gut zu bezeichnen. Es konnten 90 Kameraden einschließlich der neu in die Lehre tretenden Lehrlinge aufgenommen werden. Unsere Lehrlingsgruppe hat einen Bestand von 91 Mitgliedern, für die 7 Veranstaltungen verschiedener Art abgehalten wurden. Auch die Modellierabende sind seit Oktober eingeführt. Der Besuch aller Veranstaltungen ist nicht der erhoffte. Hier müssen die Kameraden auf den Arbeitsstellen nachhelfen. Das Delegiertenwesen zeigt leider nicht den gewünschten Erfolg; ein besonderer Mangel herrscht in den Kleinbetrieben. Das muß besser werden. Aus dem

Tarifvertrag sowie in arbeitsrechtlicher Hinsicht ergeben sich wie immer Streitfälle. Die Auslegung ist oft verschieden, die Anwendung hingegen einseitig. Das führt zu Klagen. Die tariflichen Schlichtungsinstanzen sowie das Arbeitsgericht mußten in mehreren Fällen wegen ungerichteter Entlassungen, Nichtgewährung von Ferien und Zuschlägen und in Lehrlingsangelegenheiten in Anspruch genommen werden. Die Arbeitslosigkeit wirkt sich auch auf die Kassenverhältnisse aus. 2881 Beitragsmarken wurden weniger umgesetzt als im Vorjahre; 13 700 Frei-marken mußten ausgegeben werden. Das bedeutet, daß im Durchschnitt jedes Mitglied 17 Wochen erwerbslos gewesen ist. Die Einnahmen sowie die Ausgaben der Zentralkasse beliefen sich auf je 43 103,06 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden allein 17 310,25 M ausgegeben. Die reine Einnahme aus Beiträgen betrug 27 669,20 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschließlich Kassenbestand vom Vorjahre von 15 931,88 M, die Ausgabe betrug 9758,04 M. An Bestand verblieben 6173,84 M. Ende 1927 betrug die Mitgliederzahl 783, Ende 1928 hingegen 811, davon 91 Lehrlinge. 8 Mitglieder mußten wegen Schulden gestrichen werden. Der Stundenlohn betrug am Anfang des Jahres in Lohnklasse III 1,03 M, am Ende des Jahres 1,11 M, in Lohnklasse IV am Anfang 96 P, am Ende 1,04 M. Hierzu kommen in allen Klassen 3 P Werkzeuggeld pro Stunde. Nur in geringem Maße war die Bauarbeiterchukkommission tätig, doch ist sie neu gebildet und arbeitsfähig gemacht worden, so daß im nächsten Jahre Besseres berichtet werden kann. Eine Platzstatistik wurde im September aufgenommen. Festgestellt wurden nicht weniger als 90 Baugeschäfte. Auch in 29 Industriebetrieben sind Kameraden beschäftigt. Der Kleinbetrieb ist auch bei uns vorherrschend. Die Sonderfürsorge für Arbeitslose, an deren Beseitigung der Gesamtverband interessiert sein muß, hat auch hier berechtigten Unwillen ausgelöst. Im übrigen war, wie vorgelesen, die gesamte Verbandsaktivität sehr rege. Jeder Kamerad ist verpflichtet, im neuen Jahre am weiteren Ausbau des Verbandes mitzuwirken. Hierauf gab der freigestellte Bezirkskassierer einen Tätigkeitsbericht. Daraus war ersichtlich, daß infolge der weiten Verzweigung des Zahlstellengebietes nicht unerhebliche Wegtrecken zurückgelegt werden müssen. In einer lebhaften Aussprache kam die Zufriedenheit der Kameraden mit dem Bezirkskassierer zum Ausdruck. Weiter lagen eine Reihe Anträge aus den Bezirken vor. Sie wurden nach erfolgter Aussprache teils zurückgezogen und durch Abstimmung erledigt. Die Neuwahlen ergaben keine wesentliche Veränderung. Als Kandidat zum Verbandstag wurde mit großer Mehrheit der Kamerad Otto Tannert gewählt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Baugewerbliches

Der Geschäftsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe. Der Geschäftsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe für das achte Berichtsjahr muß als ein wertvoller Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Bauhüttenbewegung betrachtet werden. Man ist erfreut, feststellen zu können, daß die Stärke und feste Fundierung der einzelnen Betriebe weiter zugenommen hat. Besonders Wert legte die Geschäftsleitung des Verbandes auf die Durchführung einer großzügigen und planvollen Rationalisierung nach den Vorschlägen seiner Abteilung wirtschaftliche Betriebsführung. Hand in Hand damit ging eine systematische kaufmännische Beratung der einzelnen Betriebe durch die Revisionsabteilung. Bereits jetzt zeigen sich die Früchte dieser Arbeit. Wie in einem „Ausblick“ festgestellt wird, ist die finanzielle Lage des Verbandes sozialer Baubetriebe auch in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres weiter günstig. Eine vorgenommene Vereinfachung des Verwaltungsapparates sowie die neu eingeführte zentrale Beitragseinzahlung haben sich schon nach kurzer Zeit als sehr gute Maßnahmen erwiesen. Wir geben nachstehend einen kurzen Auszug aus dem Bericht.

Nach einer kurzen allgemeinen Uebersicht über den Wirtschafts- und Bauproduktmarkt folgt das Ergebnis der Jahresstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für das Jahr 1927. Zu den in der Statistik aufgeführten 111 Bauhauptbetrieben kommen 25 Baunebenbetriebe, und zwar 9 Malerei-, 3 Tischlerei-, je 2 Töpferei- und Heiz- und Wasseranlagen-, je eine Glaserei-, Klempnerei-, Steinmetz-, Jollergerber- und Baustoffhandelsbetriebe, 2 Ziegeleien, ein Betrieb der Tischler-, Klempner-, Schlosser- und Dachdeckerarbeiten ausführt und ein Architekturbureau. Von den 111 Bauhauptbetrieben betreiben baunebenberwerblich 98 Betriebe Zimmererarbeiten, 41 Betriebe Tischlereiarbeiten, 21 Betriebe Dachdeckerarbeiten, 20 Betriebe Malerarbeiten usw. Den insgesamt berichtenden 136 Betrieben sind 8 Ziegeleien, 5 Sägewerke, 5 Kiesgruben, 4 Zementwarenfabriken, 3 Holzbearbeitungsfabriken, 3 Steinbrüche und eine Schiefergrube angeschlossen.

Beschäftigt wurden von diesen Betrieben am 31. Dezember 1927 insgesamt 9279 Arbeiter und Angestellte, das sind durchschnittlich 68 Personen je Betrieb. Zur Zeit der besten Bauaktivität waren es 25 186, durchschnittlich je Betrieb 185 Arbeiter und Angestellte.

Der Umsatz der berichtenden 136 Betriebe betrug im Jahre 1927 103 444 297,01 M. Die größten Auftraggeber waren gemeinnützige Siedlungsgesellschaften- und -genossenschaften mit 65 782 329,41 M, gleich 63,6 % des Gesamtumsatzes. In das Jahr 1928 wurde ein Auftragsbestand von rund 32,5 Millionen Reichsmark übernommen. Bis Ende 1927 hatten die von der Statistik erfaßten Betriebe 40 151 Kleinwohnungen errichtet, zu denen noch rund 11 000 Wohnungen von Betrieben hinzukommen, die inzwischen aus der Bauhüttenbewegung ausgeschieden sind.

Das Stammkapital der berichtenden Betriebe betrug Ende 1927 3 767 070,43 M; die offenen Reserven 1,387 Millionen Reichsmark. Die dann folgenden Bezirksberichte der Verbandsbezirke vervollständigen im einzelnen dieses Bild, das durch graphische Darstellungen die in den Betrieben jeden Bezirkes beschäftigten Personen und die Gesamtumsatz- und Lohnsummen der Bezirksbetriebe zur Erscheinung bringt.

Der nun folgende eigentliche Geschäftsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe, der Spitzenorganisation, für die Zeit vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928 weist für die Zentrale einen Umsatz von 4 455 650,26 M und einen Ueberschuß von 80 578,94 M aus. Das Stammkapital des Verbandes sozialer Baubetriebe in Höhe von 3 Millionen Mark ist inzwischen durch die am 16. November 1928 stattgefundene Gesellschafterversammlung auf 4 Millionen Mark erhöht worden.

Genossenschaftsbewegung

Das genossenschaftliche Versicherungswesen. Nichts beleuchtet so sehr den elastischen Charakter der genossenschaftlichen Wirtschaftsreform als die Tatsache, daß die Konsumgenossenschaften — vielfach unter finanzieller und organisatorischer oder auch nur propagandistischer Mitwirkung der Gewerkschaften — auch Träger gemeinnütziger Versicherungsunternehmen sind. Ein Gebiet, auf dem das Privatkapital ungeheure Gewinne erzielen konnte, erzielt hat und noch erzielt. Aber allmählich wird ihm auch hier Terrain abgenommen; und auch die gewagtesten Konkurrenzmanöver, wie sie häufig in genossenschaftlichem Gewande vorkommen, werden nicht verhindern, daß die Lebens-, Unfall- und Sachversicherung zur Domäne der Genossenschaften und Gewerkschaften wird. So zeigen beispielsweise die Veröffentlichungen des Genfer Internationalen Arbeitsamtes, daß in 10 Ländern der dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände der Konsumgenossenschaften gemeinnützige Versicherungsgesellschaften bestehen, deren Versicherungszahl in die Millionen, die Prämien in die Hunderte von Millionen und die Versicherungssummen in die Milliarden gehen. Eine der größten Versicherungsgesellschaften ist die bekannte „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg, die allmählich eine ganz gewaltige Ausdehnung angenommen hat. Die neuesten Zahlen zeigen im Jahre 1928 einen Versicherungsbestand von 1 457 000 Policen mit 575 Millionen Mark Versicherung und einen Zuwachs von jährlich 50 000 Versicherungen. Die Prämieinnahme betrug rund 27 Millionen Mark und die Versicherungsleistungen rund 1,85 Millionen Mark. Damit dürfte indes die Entwicklung der „Volksfürsorge“ noch lange nicht abgeschlossen sein, denn es ist ein gewaltiges Gebiet zu beackern in einem Reiche von 63 Millionen Bewohnern und rund 18 Millionen Haushaltungen. Aber die organisatorische Grundlage der „Volksfürsorge“ ist ebenso unübertrefflich in ihrer Art wie die der Konsumgenossenschaften für ihre weitere geschäftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Denn jede gewerkschaftliche Zahlstelle, jede Gewerkschaftsversammlung und jede Gewerkschaftszeitung steht für sie in unausgesetzter propagandistischer Tätigkeit, und in gleicher Weise unterstützen die Konsumgenossenschaften ihr eigenes Werk in ihren nahezu 10 000 Verteilungsstellen und in der genossenschaftlichen Literatur, in Geschäftsberichten usw. Das unterscheidende Merkmal der „Volksfürsorge“ von den privaten Versicherungsunternehmen besteht neben der Organisationsgrundlage, die riesige Unkostenbeiträge erspart, in der Tatsache, daß dem investierten Kapital die geringste Ausnützung aus den Geschäftsergebnissen zulieft, und den Versicherern die höchste. So darf sachungsgemäß die Kapitaldividende der „Volksfürsorge“ 5 % nicht überschreiten, während beispielsweise die Lebensversicherungsprämien in den letzten Jahren mit 25 % am Geschäftsergebnis teilnahmen. Es liegt eben der Verteilung des Geschäftsergebnisses der gleiche gemeinnützige Wohlfahrtsgedanke zugrunde wie bei den Konsumgenossenschaften, wo die Kapitaldividende entweder ganz beseitigt ist oder aber höchstens 5 % beträgt, während Rabatt und Ueberschuß in vollem Umfange den Mitgliedern gehören. Einen für das Wesen der „Volksfürsorge“ und allen gleichgearteten genossenschaftlichen Versicherungsunternehmen des Kontinents noch entscheidenden Wessenszug gegenüber der privatwirtschaftlichen Versicherung muß man darin erblicken, daß die bald in die Hunderte von Millionen Mark gehenden flüssigen Mittel dem kapitalistischen Weltmarkt und der privatkapitalistischen Produktion entzogen sind und bleiben, dagegen allen genossenschaftlichen Produktions- und Handelsunternehmen, wie Konsum- und Baugenossenschaften, Gewerkschaftsbauern usw. zur Verfügung stehen. Dies wird in einem Zeitraum von 10 bis 20 Jahren eine ungeheure Befruchtung der genossenschaftlichen Wirtschaftsform, vorab auch des genossenschaftlichen Wohnungsbaues und der sozialen Baubetriebe bedeuten, und je mehr diese Tatsache von den Millionen Gewerkschaftern und Genossenschaftsfamilien in ihrer vollen Bedeutung erfasst werden wird, in desto schnellerem Tempo wird sich die Entwicklung vollziehen.

Sozialpolitisches

Fürsorgelasten sind Rationalisierungspfesen der Wirtschaft. Die gegenwärtigen politischen Kämpfe drehen sich hauptsächlich um die Steuerhöhhungen. Die riesigen Lasten, die das Reich zu tragen hat, zwingen zur Erhöhung einiger Steuerarten. Der Fehlbetrag, der nach Senkung einiger Ausgabeposten besteht, beträgt 379 Millionen Mark. Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Erhöhung der Biersteuer mit 165 Millionen Mark, der Branntweinabgabe mit 90 Millionen Mark, der Vermögenssteuer mit 104 Millionen Mark und der Erbschaftsteuer mit 20 Millionen Mark. Der größte Teil des Fehlbetrages soll also durch Belastung der breiten Massen gedeckt werden. Wir wollen hier nicht darüber streiten, inwieweit dies notwendig ist. Aber es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien immer wieder fordern, die fehlenden Mittel durch Ausgabensparung einzubringen. Es wird aber nirgends klar gesagt, von welchen Ausgabeposten Ersparungen gemacht werden sollen. Von einzelnen Kritikergruppen, namentlich vom Sanjabund und von den Unternehmern, wird aber ge-

fordert, daß die Ausgaben für soziale Lasten empfindlich gesenkt werden sollen. Mit erfrischender Deutlichkeit weist die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nummer 151 auf diese Demagogie mit folgenden Worten hin:

„Wenn die Unternehmerverbände, die sich immer als „die Wirtschaft“ gebärden, ohne dazu von irgend jemand bevollmächtigt zu sein, die Dinge gerne so darstellen, als ob jede Ausgabe der öffentlichen Körperschaften einbarer Verlust für die Volkswirtschaft sei, so darf man sie daran erinnern, daß — ganz abgesehen von dem zu nicht geringen Teil als Rationalisierungsspesen der Wirtschaft anzusprechende, aber von der öffentlichen Hand mit zu tragenden Fürsorgelasten — alle diese Summen zuletzt entweder in Kaufkraft der Staatsangestellten oder in Staats- oder Gemeindeaufträge für die Industrie usw. umgeföhrt werden.“

Es ist in der Tat so, daß die Unternehmerverbände von niemand bevollmächtigt sind, sich als „die Wirtschaft“ zu bezeichnen. Zur Wirtschaft gehören auch die 20 Millionen Erwerbstätige, die mit ihrer Arbeitskraft ein Wirtschaften erst ermöglichen. Daß die Fürsorgelasten, die das Reich, die Länder und die Gemeinden zu tragen haben, Rationalisierungsspesen für die Privatwirtschaft sind, wird immer wieder übersehen. Und doch ist es notwendig, hierauf mit aller Deutlichkeit hinzuweisen.

Wirtschaftspolitisches

Die Drosselung des Wohnungsbaues durch hohe Zinsen. Das Institut für Konjunkturforschung hat durch eine Umfrage bei den verschiedensten Kreditinstituten die Nettokosten von Wohnungsbauhypotheken unter Berücksichtigung des Nominalzinses, der Verwaltungskostenbeiträge, des Auszahlungskurses und der Laufzeit erfaßt und veröffentlicht das Ergebnis dieser Untersuchungen im neuesten Vierteljahrsheft. Die Steigerung der Hypothekenzinsen in den letzten zwei Jahren war folgende:

Nettokosten von Wohnungsbauhypotheken (v. S. p. a.)				
	1. Viertel.	2. Viertel.	3. Viertel.	4. Viertel.
1927	8,34	8,21	8,78	9,47
1928	9,84	10,01	10,15	10,24

Im Zeitraum von zwei Jahren haben sich die Posten für erstfällige Hypothekarkredite um 2% erhöht. Diese machen 40% des Bau- und Bodenwertes aus. Die zweitfälligen Hypotheken sind in dem gleichen Maße gestiegen. Ihr Zinsfuß übersteigt den der erstfälligen nicht unerheblich. Nur durch eine verstärkte Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel könnte sich eine Wendung zur Besserung ergeben. Die Deutsche Bau- und Bodenbank, deren Aktienkapital sich zur Mehrheit im Besitze des Reiches befindet, hat im verfloßenen Jahre Zwischenkredite in Höhe von 120 Millionen Mark gegeben. Mit Hilfe dieser Zwischenkredite konnte der Bau von 40 000 Wohnungen gefördert werden. Das war allerdings eine Hilfe. Eine wirkliche Besserung könnte jedoch herbeigeföhrt werden, wenn die Hauszinssteuerbefräge in der vereinbarten Höhe dem Wohnungsbau zugeföhrt würden.

Wir haben dies schon wiederholt gefordert. Leider werden die Mittel der Hauszinssteuer in allen Staaten in ganz erheblichem Maße für allgemeine Verwaltungszwecke verwendet. Wenn hier nicht endlich der Hebel angefehrt wird, wird sich auch der Wohnungsbau nur so hinschleppen.

Die Wirtschaftslage im Spiegel des Konjunkturunstitut. Die Lage der Wirtschaft Ende Februar wird im vierten Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung beleuchtet. Nach den Berechnungen des Konjunkturunstitut sank die Indexziffer der industriellen Produktion (Juli 1924 bis Juni 1928 = 100) von 116,0 im Oktober 1928 auf 115,2 im Januar 1929. Seitdem wird eine weitere Abschwächung eingetreten sein. Der Auftragseingang hat sich im Januar 1929 gegenüber dem vorjährigen Oktober um 1,5% gesenkt. Die Zahl der Vollbeschäftigten ging um 4,8% im gleichen Zeitraum zurück. Zusammenfassend gibt das Institut folgendes Bild über die Wirtschaftslage Ende Februar:

„Die Produktion hat ihren Abstieg fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit hat — auch konjunkturell — beträchtlich zugenommen. Dem Rückgang der reagiblen Rohstoffpreise im Jahre 1928 haben sich in den letzten Monaten auch die Großhandelspreise für Fertigwaren angeschlossen. Die Einzelhandelspreise sind nahezu unverändert geblieben. Die gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze dürften konjunkturell nur wenig zurückgegangen sein. Die Produzentenumsätze haben sich weiter gesenkt; die Konsumentenumsätze hielten sich etwa auf ihrer bisherigen Höhe. Die konjunkturelle Erleichterung des Geldmarktes seit Herbst vorigen Jahres hat neuerdings — wesentlich infolge der angespannten Lage auf wichtigen ausländischen Geldmärkten — nur geringe Fortschritte gemacht. Zu einer Belebung des Effektenmarktes reichen sie nicht aus. auf dem Kapitalmarkt hat sich die Verminderung der wirtschaftlichen Tätigkeit kaum ausgewirkt. Im ganzen bietet die Wirtschaftsbewegung das Bild eines fortschreitenden Konjunkturabschwunges. Teilweise sind neuerdings leicht krisenhafte Erscheinungen zu beobachten; eine allgemeine Krise, wie sie sich namentlich im Zwang zur beschleunigten Liquidation der Warenvorräte äußert, liegt jedoch nicht vor.“

Eine allgemeine Krise liegt nach den Untersuchungen des Institut nicht vor. Auch wir sind der Meinung, daß man die Wirtschaftslage nicht schlechter machen soll als sie ist. Es braucht nur einmal ein Stück Frühling ins Land zu ziehen, und die Wirtschaftslage hat ein ganz anderes Gesicht.

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten weist in den letzten Monaten eine Steigerung auf. Sie betrug im Durchschnitt des Jahres 1928 151,7, im Dezember 152,7, im Januar 153,1 und im Februar 154,4. Diese Steigerung hat ihre Ursache in der Verteuerung der Lebensmittel.

Der Ernährungsindex stieg in folgender Weise: Dezember 1928 152,7, Januar 152,3, Februar 155,7. Hier machen sich die Einflüsse durch den Frost bemerkbar. Die Gruppe Heizung und Beleuchtung und sonstiger Bedarf weisen ebenfalls eine Steigerung auf. Gleichgeblieben sind die beiden Gruppen Wohnung und Bekleidung. Bei der Betrachtung der Meßziffer für Lebenshaltungskosten halte man sich immer vor Augen, daß diese auf die allerbescheidensten Bedürfnisse zugeschnitten ist und wichtige Ausgabeposten außer acht läßt. Jedenfalls spielt sie bei den Lohnverhandlungen in der nächsten Zeit eine wichtige Rolle, und können die Unternehmer sich nicht mehr darauf berufen, daß sie nicht gestiegen ist.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Opfer der Kälte. Die unmittelbaren Todesopfer der Kälte sind erfreulicherweise in Deutschland noch gering an der Zahl. Es ist nur zu hoffen, daß auch die in der Tauperiode zu erwartenden Ueberschwemmungen nicht mehr Menschenleben dahintraffen. Mit schweren Verlusten von Sachwerten und mit einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftslage ist leider zu rechnen. Die Opfer des Portemonnais sind auch jetzt schon groß genug, nicht nur für die einzelne Familie, die zur Beheizung ihrer Wohnung weit größere Kohlenmengen benötigt, als sonst jemals. Niedrig angewachsen sind vor allem die Anforderungen an die Krankenkassen. Nicht allein erstorene Nasen und Ohren heischen ärztliche Hilfe, nicht nur Erkältungskrankheiten im engsten Sinne hielten manchen der Arbeit fern. Vor allem verlängerte sich zweifellos die Dauer der Arbeitsunfähigkeit bei den noch immer sehr zahlreichen Erkrankungen an Grippe, da man es nicht wagen darf, noch nicht voll Genesene wieder dem scharfen Frost auszuliefern. Zur Zeit dieser stärksten Finanz- und Arbeitsbelastung war es den Krankenkassen natürlich nicht möglich, eingehende Spezialstatistiken zu fertigen. Nur der Krankenstand, das heißt das Verhältnis der Arbeitsunfähigen zur Gesamtzahl der Mitglieder, wird, wie üblich, in der letzten Woche jedes Monats festgestellt. Dabei zeigt sich nach einer vom Hauptverband deutscher Krankenkassen gefertigten Uebersicht bereits Ende Januar eine außergewöhnliche hohe Krankheitsziffer, die sich jedoch bis Ende Februar noch um etwa ein Viertel erhöht hat (Ende 4,98 auf 6,29%). Damit ist auch der Gipfelpunkt der letzten großen Grippeepidemie des Jahres 1927 (Krankenstand in der letzten Januarwoche 5,50%) weit überschritten. Bei nahezu 20 Millionen Versicherten ist mit etwa 125 000 arbeitsunfähigen Kranken zu rechnen, so daß nach dem für das Vorjahr festgestellten Durchschnittsatz des Krankengeldes allein für diesen Zweck an einem Tage schätzungsweise 300 000 M. verausgabt wurden. Unter diesen Umständen ist es nur zu begrüßen, daß die Krankenkassen, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, am Ende des Jahres über nicht unerhebliche Rücklagen verfügt haben, und daß sich die leistungsfähigen Bestrebungen jener Kreise nicht durchgeföhrt haben, die auf Grund dieser „Millionenüberschüsse“ eine Herabsetzung der Beiträge verlangten. Diese vorsichtige Finanzpolitik ist um so wertvoller, als, wie bereits erwähnt, in der bevorstehenden Tauperiode noch mancherlei Gefahren drohen. Auch hier wieder wird die Krankenversicherung den festen Damm darstellen zum Schutze für Gesundheit und Leben vor den widrigen Gewalten der Natur.

Der blühende Unsinns der Krankenkassenzersplitterung. Daß wir im Deutschen Reich zuviel Krankenkassen haben, hat sich allmählich herumgesprochen. Welche Auswirkung aber diese Zersplitterung hat, ist nicht so bekannt. Zwar weiß man, daß in Berlin über 200 Krankenkassen den Versicherten und Unternehmern die notwendige Uebersicht unmöglich machen. Aber das sind eben Berliner Verhältnisse, die man nicht glaubt, auf das Reich übertragen zu können. Daß es aber im Reich selbst nicht besser aussieht, ergibt sich zum Beispiel aus den Magdeburger Verhältnissen. Magdeburg mit seinen 300 000 Einwohnern hat nicht weniger als 55 Krankenkassen. Davon hat die Allgemeine Ortskrankenkasse rund 65 000 Versicherte, 3 besondere Ortskrankenkassen zusammen 6573 Versicherte, 25 Betriebskrankenkassen haben etwa 45 000 Versicherte. Dazu kommen 14 Erfaßkassen mit ungefähr 25 000 Versicherten, und zum Schluß 6 Mittelstandskassen mit 4000 Versicherten. Alles in allem sind das nicht ganz 150 000 Versicherte. Jeder Arzt muß 55 Rechnungsformulare auf seinem Schreibtisch liegen haben, um sich je nach der Kassenzugehörigkeit des Patienten das richtige Formular herauszusuchen und die Eintragung seiner Leistungen vorzunehmen. Man kann den Ärzten nicht verdenken, daß sie über das viele Schreibwerk, das durchaus vermeidbar wäre, verdrossen sind. Auch klagt die Ärzteschaft darüber, daß sie enorm viele Satzungsbestimmungen im Kopf haben muß, was für manchen Arzt unmöglich ist. Jede Kasse gewährt natürlich andere Leistungen, vor allen Dingen in der Familienhilfe. Wenn man aber glaubt, daß nun bei den Kassen die Einheit eingeehrt sei, dann irrt man sich. Im Gegenteil ist man auch in Magdeburg und anderswo drauf und dran, noch weitere Innungskrankenkassen zu errichten, um den Wirrwarr noch zu vergrößern. Am bedauerlichsten ist das für die Versicherten, die wechselnde Beschäftigung haben. Sie kommen niemals dazu, sich wirklich mit den Bestimmungen der einzelnen Kasse vertraut zu machen. Was das heißt, wissen die Versicherten am besten. Wann wird endlich einmal auf diesem Gebiet Vernunft einkehren?

Regelmäßige Bücherkontrollen müssen überall durchgeföhrt werden!

Aus der Unfallverhütung. „Es ist dem Reichsversicherungsamt aufgefallen, daß die Zahl der Bestrafungen (wegen Vergehen gegen die Unfallverhütungsvorschriften) hinter der Zahl der bei der Beschäftigung der Betriebe vorgefundenen Mängel stark zurückbleibt. Einzelne Berufsgenossenschaften bestrafen gar nicht. Andere nur wenig; die verhängten Strafen sind verhältnismäßig niedrig. Dadurch, daß in dem zweiten Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 das Höchstmaß der gegen Unternehmer zulässigen Strafen von 1000 M auf 10 000 M heraufgeföhrt worden ist, hat der Gesetzgeber zu erkennen gegeben, welchen Wert er einer wirksamen Bestrafung beimißt. Bei aller Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage zahlreicher Betriebe darf es nicht dahin kommen, daß die Vorstände selbst bei groben Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften von ihrem Strafrecht keinen oder nur einen unzureichenden Gebrauch machen.“

So heißt es in einem Runderlaß an die Vorstände sämtlicher gewerblicher Berufsgenossenschaften, den das Reichsversicherungsamt unterm 29. Januar 1929 veröffentlicht hat. Es muß schon sehr schlimm um die Unfallverhütungsmaßnahmen der Berufsgenossenschaften stehen, wenn sich die oberste Behörde der Sozialversicherung entschließt, in dem Erlaß eine derart offene Sprache zu führen. Betrachtet man die Geschäftsberichte der Berufsgenossenschaften, so muß man leider auch die Feststellung machen, daß von einer wirksamen Bestrafung der Arbeitgeber überhaupt nicht die Rede ist. Auch wenn sie in der größten Art und Weise Gesundheit und Leben der ihnen anvertrauten Arbeiter aufs Spiel setzen, wird ihnen in den allermeisten Fällen kein Haar gekrümmt. Soeben ist die sogenannte „Reichsunfallverhütungswoche“ zu Ende gegangen. Der Grundgedanke zu derselben ging von den Berufsgenossenschaften aus. Was haben aber alle diese theoretischen Plakate, Vorträge, die in dieser Woche gehalten wurden, für einen Zweck, wenn die berufenen Bekämpfer der Betriebsunfälle ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht erfüllen? Es ist doch geradezu sinnlos, den Arbeitern immer wieder zu predigen: Seid vorsichtig! Verhütet Unfälle! usw., wenn die Arbeitgeber mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeitenden Raubbau treiben! Es wird allerhöchste Zeit, daß in die bürokratische Verwaltung der Berufsgenossenschaften, die hier geradezu die geschaffenen Gesetze sabotiert, einmal hineingelegt wird. Wenn es sich darum handelt, einem Verletzten seine geringe Rente zu kürzen oder gar zu entziehen, sind die Genossenschaften mehr als schnell zur Stelle und berufen sich auf alle möglichen Paragraphen und gesetzliche Vorschriften. Warum werden die Gesetze von ihnen denn dann nicht angewendet, wenn sie sich gegen die Unternehmer richten?

Sterbetafel.

- Aischaffenburg.** Am 9. Februar starb unser Kamerad **Karl Schäfer** im Alter von 37 Jahren infolge eines Unglücksfalles.
- Berlin.** Am 28. Februar starb unser Mitglied, der Kamerad **Robert Riedel**, Bezirk 13, im Alter von 75 Jahren an Lungenentzündung. — Am 28. Februar starb unser Mitglied, der Kamerad **Wilhelm Stalzo**, Bezirk 16, im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer Operation.
- Dortmund.** Am 28. Februar ist unser Kamerad **Bernhard Wehner** im Alter von 72 Jahren gestorben.
- Nürnberg.** Am 12. Februar starb unser Kamerad **Andreas Wittmann** im Alter von 67 Jahren an einem Nierenleiden.
- München.** Am 3. März starb unser Kamerad **Anton Angart** im Alter von 65 Jahren infolge Tuberkulose des Brustfelles.
- Rudolfsbad.** Am 17. Februar starb unser Kamerad **Oskar Grunnert** im Alter von 35 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung.
- Schwarzenbeck.** Am 26. Februar starb an den Folgen einer Lungenentzündung der Mitbegründer unserer Zahlstelle Kamerad **Friedrich Vogt** im Alter von 78 Jahren.
- Schwerin i. M.** Am 2. März starb unser Kamerad **Wilhelm Röpke** im Alter von 64 Jahren an einem Herzleiden.
- Stettin.** Am 3. März starb an Altersschwäche unser langjähriger Kamerad **Wilhelm Jordan** im Alter von 85 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Agitationsleiter gesucht! Für den Bezirk Münster, Hamm, Osnabrück wird ein Agitationsleiter gesucht. Es kommen nur Bewerber in Frage, die zur einwandfreien Führung der Kassengeschäfte geeignet sind. Sie müssen sozialpolitisch und arbeitsrechtlich bewandert, einwandfreie Eingaben anfertigen können und organisatorisch sowie rednerisch befähigt sein. Die Freistellung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstages. Eigenhändig geschriebene Bewerbung mit Lebenslauf und Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ist unter Beifügung des Mitgliedsbuches bis zum 31. März ds. Js. an Paul Kloß, Münster i. Westf., Bedekhofstraße 15, I., einzusenden. [9,75 M]

Der **Theodor Schifora** hat in der Zahl-Zimmerer stelle Düsseldorf ein Konto für einkassierte Beiträge hinterlassen und trotz Aufforderung noch nicht abgezahlt. Alle Verbandsmitglieder, besonders die Kassierer, werden ersucht, Schifora zur Erfüllung seiner Verpflichtung anzuhalten und die Adresse an die Zahlstelle Düsseldorf, Wallstraße 10, Zimmer 4, zu senden. [6 M]